Die Linke
Stadtverband Leipzig

Materialien

für die 2. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 1

- Ordnungen -
- Anträge -

am 28. November 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2 Inhalt
3 Tagesordnung und Zeitplan
4 Vorschlag Geschäftsordnung
7 Anträge
7 A1: Mein Herz schlägt Leipzig – Entwurf des OBM-Wahlprogramms
22 A2: Bezahlbares Wohnen für alle – Entwurf des OBM-Wohnprogramms
26 A3: Mehr als ein Amt zu gewinnen
29 A4: Zusammen für ein rotes Leipzig!
31 A5: Für einen konsequent antimilitaristischen Wahlkampf!
33 A6: Leipzig wird sauber. Die Linke räumt auf.
34 A7: Bürgerbegehren gegen die künftige Nutzung kommunaler Grundstücke für Ansiedlungen von Rüstungsproduktion in Leipzig
35 A8: Für Inklusion und Grundrechtsschutz von jedermann
38 Änderungsanträge
38 ÄA1.1 Leipzig kann sozialen Klimaschutz*
39 ÄA1.2 Leipzig macht öffentliche Räume hitzefest*
40 ÄA1.3 Leipzig schützt seinen Auwald*
40 ÄA1.4 Leipzig packt die Energie- und Klimawende*
42 ÄA1.5 Mietwucher effektiv verfolgen
44 Impressum

* Zur einfachen Unterscheidung der Änderungsanträge wurden auf Basis des Antragsinhaltes vorläufige Titel durch die Redaktion vergeben.

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan

1.	Eröffnung und Begrüßung	9:30 Uhr
2.	Konstituierung des Stadtparteitages	9:40 Uhr
3.	Vorstellung der Entwürfe zu Wahlprogramm, Wahlkampfstrategie / Wahlkampagne und Rollenverständnis/Amtsführungsstrategie	9:50 Uhr
4.	Debatte zu den Entwürfen	10:30 Uhr
5.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	11:00 Uhr
6.	ggf. Diskussion und Abstimmung über satzungsrelevante Anträge	11:05 Uhr
7.	Antragsbehandlung zum Wahlprogramm	11:10 Uhr
8.	Antragsbehandlung zur Wahlkampfstrategie/Wahlkampagne	12:00 Uhr
	Pause	
9.	Antragsbehandlung zu Rollenverständnis/Amtsführungsstrategie	13:00 Uhr
10.	weitere Anträge	13:30 Uhr
11.	ggf. Fortführung der Debatte	14:00 Uhr
12.	Vernetzung und Aktivierung für Wahlkampfaktionen	14:30 Uhr
	**Zeitreserve*	
13.	Schlusswort	16:45 Uhr

Geschäftsordnung

1. Der Stadtparteitag

Der Stadtparteitag ist die Gesamtmitgliederversammlung, die sich aus allen im Stadtverband Leipzig organisierten Parteimitgliedern der Partei Die Linke zusammensetzt.

2. Gültigkeit der Geschäftsordnung

Diese Geschäftsordnung gilt für alle Tagungen des 10. Stadtparteitages von Die Linke Leipzig. Bis eine neue Geschäftsordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgenden Stadtparteitage.

3. Die Tagungsleitung

Der Stadtparteitag wählt zu Beginn des Parteitages für alle Tagungen in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung. Sie besteht aus mindestens sechs und maximal zehn stimmberechtigten Mitgliedern und ist quotiert zu wählen. Sie ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer Mitte die Versammlungsleiter*innen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag von einer Genossin geleitet.

4. Hausrecht und Hygieneregeln

(1) Die Tagungsleitung übt während der Versammlung das Hausrecht aus.

(2) Im Verlauf der Versammlung sind - sofern diese notwendig sind - durch die Teilnehmenden die Hygieneregeln zum Schutz (z.B. vor der Ausbreitung des Coronavirus) zu beachten. Teilnehmende, die sich nicht an die Hygieneregeln halten (bspw. Missachtung der Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes) können nach einmaliger Ermahnung auf Vorschlag der Tagungsleitung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten von der Tagung ausgeschlossen werden.

5. Kommissionen

Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.

6. Mandatsprüfungskommission

(1) Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von Mitgliedschaften. Die Mandatsprüfungskommission prüft die Anwesenheit und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des Parteitages. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmeldelisten der Mandatsprüfungskommission.

(3) Der Stadtparteitag ist unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

7. Die Wahlkommission

Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter*in sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie Helfer*innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Mitglieder der Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheiden aus der Wahlkommission aus. Wird in diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der Wahlkommission unterschritten, ist umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.

8. Die Antragskommission

Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

9. Tagesordnung und Zeitplan

Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan geregelt, die zu Beginn jeder Tagung beschlossen werden. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während der Tagung bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten. Einen Antrag auf Abschluss der Debatte können nur Stimmberechtigte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Redner*innenliste bekannt gegeben.

10. Beschluss- und Rederecht

Beschluss- und Rederecht haben alle Mitglieder der Partei Die Linke, die im Stadtverband Leipzig organisiert sind. Teilnehmende Mitglieder der Gruppe/Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat sowie Mitglieder des Bundes- und Landesvorstands haben Rederecht.

11. Redeliste und Redezeit

(1) Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich einzureichenden Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann auch Gästen das Wort erteilen.

(2) Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt drei Minuten. Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort erhalten.

(3) Wortbeiträge für Grußworte sollten vor Beginn der Tagung bei der Tagungsleitung angezeigt werden. Wann diese Grußworte gehalten werden, legt die Tagungsleitung fest. Die Redezeit dafür beträgt fünf Minuten.

(4) Die Redezeit für Vorstellungsreden von Kandidierenden beträgt zwei Minuten. Im Anschluss an die Vorstellung aller Kandidierenden für ein Amt können drei Fragen an alle oder einzelne Kandidierende gestellt werden. Aus Gründen der Chancengleichheit sollen diese explizit keine direkten oder indirekten Fürreden sein. Die Redezeit hierfür beträgt eine halbe Minute, die Redezeit für Antworten beträgt eine Minute pro Kandidat*in. Der Stadtparteitag kann mit einfacher Mehrheit abweichende Regelungen für die Vorstellung von Kandidierenden beschließen.

(5) Nach Reden (außer Vorstellungsreden), Berichten und Diskussionsbeiträgen können bis zu drei Nachfragen zu je einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.

12. Dringlichkeits- und Initiativanträge

Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst nach dem beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die Dringlichkeit ist zu begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus dem Verlauf des Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 30 Stimmberechtigten. Zur Begründung des Antrages erhalten die Antragsteller*innen das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein*e Redner*in dagegen und eine*r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Stimmberechtigte können nach einer Abstimmung oder einer Wahl persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.

13. Anträge zur Geschäftsordnung

Anträge zur Geschäftsordnung können durch Stimmberechtigte mündlich gestellt werden. Das Wort dazu wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen erteilt. Vor der Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und anschließend einer Fürrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

14. Beschlüsse

Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch das Heben der Abstimmungskarte.

15. Ergebnisprotokoll

Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Mitgliedern des Stadtverbandes in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

Anträge

A1: „Mein Herz schlägt Leipzig“ Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms von Dr. Skadi Jennicke, Die Linke Leipzig

Einreichende: Dr. Skadi Jennicke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

Leipzig ist meine Heimatstadt. Hier wurde ich 1977 geboren, hier kamen auch meine drei Kinder zur Welt. Ich kenne diese Stadt mit ihren 63 Ortsteilen nicht aus Berichten und Statistiken, sondern aus dem echten Leben. Nach dem Motto **„Mein Herz schlägt Leipzig“** trete ich bei den Oberbürgermeisterwahlen 2027 für Die Linke an.

Ich habe mir für unsere Stadt viel vorgenommen: Ich will ein Leipzig, in dem niemand Angst haben muss, sich sein Zuhause nicht mehr leisten zu können. Eine Stadt, die wächst, ohne Menschen aus ihren Vierteln zu verdrängen. Eine Stadt, in der Herkunft, Einkommen, Alter oder Behinderung nicht darüber entscheiden, welche Chancen jemand bekommt. Eine Stadt, die mutig nach vorn blickt und weltoffen und gastfreundlich bleibt. Eine Stadt, auf die man europaweit neugierig ist und mit Respekt schaut. Eine Stadt, die sozial, ökologisch und solidarisch ist – und in der die Menschen selbst über ihre Zukunft mitbestimmen.

Dieses Leipzig hat dann ein Museum für Naturkunde. Eine neue Ballsporthalle im Sportforum. Eine Exzellenzuniversität. Einen hochmodernen Zentralbau II sowie ein neues Infektionsschutzzentrum für Mitteldeutschland im Klinikum St. Georg. Und Radschnellwege nach Schkeuditz und Markkleeberg. Wir entwickeln parallel dazu Kindergärten zu Familienzentren weiter, schaffen ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder, gründen Stadtteilküchen und – besonders wichtig - ein Amt für bezahlbares Wohnen sorgt künftig für Mietengerechtigkeit.

Für diese Perspektiven setze ich mich mit voller Kraft und ganzem Herzen ein. Ich will Leipzig nicht nur verwalten, sondern gemeinsam mit Ihnen gestalten. Dafür kämpfe ich trotz der chronischen Unterfinanzierung durch Bund und Land und der damit verbundenen Haushaltsnöte. Ich baue dabei auf Sie persönlich und auf eine Stadtgesellschaft, die sich einmischt, die widerspricht, die kämpft und mit ihrem mitunter rebellischen Geist schon oft die Geschichte Leipzigs entscheidend mitgeprägt hat.

Im vorliegenden Wahlprogramm finden Sie meine Ziele und Vorhaben für die nächsten sieben Jahre. Fünf Themen sind mir besonders wichtig: Bezahlbarer Wohnraum für alle. Die Bekämpfung von Kinder- und Bildungsarmut. Nachhaltige Mobilität. Konsequente Unterstützung von Zukunftstechnologien. Und die Bewältigung der Klimaanpassung. Über diese und viele andere Themen möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen – die besten Ideen entstehen im Dialog. Leipzig gehört uns allen – verändern wir die Stadt gemeinsam!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Dr. Skadi Jennicke

1. Leipzig schafft bezahlbares Wohnen für alle

Wohnen ist ein Menschenrecht. Und es gehört zu dem, was eine Kommune für alle sichern muss, so wie Wasser und Strom oder Busse und Bahnen. Der Leipziger Wohnungsmarkt ist zunehmend angespannt, bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware. 87 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger - darunter auch ich - wohnen zur Miete. Immobilienkonzerne und viele private Vermieter verlangen hohe und oft zu hohe Mieten. Damit machen sie kräftig Gewinn. Die Hauptverantwortung für die Wohnungspolitik liegt bei Bund und Land. Trotzdem kann eine Stadt einiges tun. Dafür schaffe ich ein Amt für bezahlbares Wohnen. Es soll die kommunalen Möglichkeiten besser nutzen und die Leipzigerinnen und Leipziger vor zu hohen Mieten schützen. Dazu gehören: Mehr sozialer Wohnungsbau. Der energische Kampf gegen Mietwucher und Zweckentfremdung. Mehr soziale Erhaltungsgebiete, also Gebiete mit Milieuschutz. Eine vorausschauende Bodenpolitik. Eine stärkere LWB. Und Schritt für Schritt das Ende der Obdachlosigkeit. Wohnen ist eine soziale Frage, und für die Leipzigerinnen und Leipziger ist es das wichtigste Thema überhaupt. Deshalb habe ich dazu ein eigenes Programm geschrieben. Dort sind meine mieten- und wohnungspolitischen Ziele ausführlicher dargelegt.

Meine Vorhaben:

Leipzig schützt Mieterinnen und Mieter – ich schaffe ein Amt für bezahlbares Wohnen, darin eingeschlossen eine kommunale Mietpreisprüfstelle und eine Task Force zur konsequenten Bekämpfung von Mietwucher, Zweckentfremdung und Leerstand mit bis zu 30 Stellen.

Leipzig baut sozial – Wir brauchen deutlich mehr Sozialwohnungen. Wer in Leipzig bauen will, soll deshalb Baurecht nur bekommen, wenn er zugleich geförderte Wohnungen baut. Meine Zielmarke für eine verbindliche Quote beträgt 50 Prozent.

Leipzig stärkt die LWB – Damit mehr günstige Wohnungen gebaut werden, kämpfe ich für ein Landesprogramm nach dem Vorbild Mecklenburg-Vorpommerns; mit dessen Hilfe sollen die DDR-Altschulden in Höhe von rund 100 Mio. Euro abgebaut und damit der finanzielle Spielraum der LWB erweitert werden.

Leipzig sorgt vor – ich richte einen kommunalen Bodenfonds ein. Damit kauft die Stadt Grundstücke und behält sie. So können später neue Wohnungen auf städtischem Boden entstehen und nicht auf Flächen, auf denen jemand private Geschäfte macht. Weiterhin stehe ich dafür, kommunalen Grund und Boden nicht zu verkaufen, sondern für die Weiterentwicklung der Stadt für die nächsten Generationen zu sichern.

Leipzig denkt genossenschaftlich – vom Hausprojekt zur Seniorinnen- und Senioren-WG bis hin zum Wagenplatz: Wohnen in Leipzig hat viele Gesichter. Wir werden das Engagement für genossenschaftliche Projekte stärken, vergeben kommunale Bürgschaften, verpachten Grundstücke und geben damit den Wohnraum in die Hände der Menschen zurück.

2. Für ein solidarisches und gerechtes Leipzig

Für mich gehören soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den unverzichtbaren Grundwerten. Leider ist die soziale Spaltung Leipzigs bittere Realität. Insbesondere die Kinderarmut – sie betrifft jedes fünfte Kind direkt – ist ein politischer Skandal. Es ist meine feste Überzeugung, dass jedes Kind gleiche Chancen auf seinem Weg

ins Leben haben sollte.
Deshalb braucht Leipzig eine aktive Sozialpolitik, auch wenn eine Stadt gegen die Umverteilung von unten nach oben nur wenig ausrichten kann. Trotzdem muss der solidarische Zusammenhalt der Stadtgesellschaft gefestigt werden. Alle Stadtteile sollen sich gut entwickeln. Und Leipzig soll eine gesunde Stadt sein. Dafür erhalten und erweitern wir die kommunalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Das Städtische Klinikum St. Georg sichern wir dauerhaft.

Meine Vorhaben:

Leipzig gibt kein Kind verloren – Ich werde ein Leipziger Bündnis gegen Kinder- und Bildungsarmut mit folgenden Kernelementen gründen:

Leipzig schafft frühe Chancen – Kindergärten werden in den nächsten Jahren schrittweise zu Familienzentren, damit gemäß dem Motto „früher fördern statt später reparieren“ kein Kind mehr aufgrund fehlender Unterstützung mit vermeidbaren Startnachteilen in die Schule kommt

Leipzig fördert Schulunterstützung – Hort, Schulbegleitung, Schulsozialarbeit und weitere Unterstützungsangebote arbeiten ab 2029 nach einem gemeinsamen Leipziger Rahmenkonzept zusammen.

Leipzigs Kinder essen kostenlos – für ein kostenfreies und gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen als Schlüssel für mehr Bildungschancen und eine ausgewogene Ernährung

Leipzig kämpft um mehr Abschlüsse – Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss. Bis 2034 wollen wir diese Zahl halbieren. Dafür erarbeiten wir eine verbindliche Gesamtstrategie gegen Schulmüdigkeit und Schulverweigerung. Gewinnen will ich dafür das Landesschulamt, die Schulen, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit, das Jobcenter und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

3. Leipzig pflegt das Miteinander von Jung und Alt

Ich streite für eine solidarische Stadtgesellschaft, in der das Miteinander aller Generationen gelebter Alltag ist. Die angemessene Unterstützung von Familien mit Kindern gilt es fortzusetzen und möglichst auszubauen; ein bedarfsgerechtes Budget der Kinder- und Jugendförderung ist dafür unverzichtbar.
Rund 20 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger sind 65 Jahre und älter. Ältere Menschen bringen viel mit: Erfahrung, Wissen und klare Erwartungen. Das wollen wir nutzen. Leipzig soll eine Stadt sein, in der man gut alt werden kann: mit mehr barrierefreien Wohnungen, sicheren Wegen, guten Angeboten für die Gesundheit und Orten zur Begegnung.

Meine Vorhaben:

Leipzig isst gemeinsam – Langfristig setze ich mich dafür ein, dass es ein Netzwerk Leipziger Nachbarschaftsküchen mit möglichst einer Küche je Stadtbezirk gibt, die zugleich als öffentliche Orte der Begegnung und des Miteinanders fungieren.

Leipzig verbindet – Jung und Alt sollen mehr voneinander haben. Deshalb bringen wir sie in Tandems zusammen. Junge Menschen helfen Älteren beim Gebrauch des Smartphones, bei Anträgen im Internet oder bei Fahrplan-Apps. Ältere geben ihr Wissen weiter, z.B. bei der

Berufswahl oder handwerklichen Projekten. Dafür starten wir ein stadtweites Generationenprogramm, gemeinsam mit Seniorenbüros, Kinder- und Familienzentren, Jugendhilfeträgern, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen.

Leipzig spricht miteinander – ich werde an die Tradition des früheren Seniorenstadtgesprächs anknüpfen und dieses Format – bei dem Seniorinnen und Senioren mit Stadtspitze und Verwaltung an verschiedenen Orten ins Gespräch kommen – wiederbeleben.

4. Leipzig stärkt Freizeit, Begegnung und Teilhabe für junge Menschen

Leipzig ist eine wachsende und junge Stadt. Damit junge Menschen ihre Stadt als lebenswert, attraktiv und zukunftsorientiert erleben, braucht es moderne Orte für Bewegung, Kultur, Begegnung und Beteiligung. Wir benötigen mehr attraktive Freizeitangebote für Jugendliche, mehr öffentliche Räume ohne Konsumzwang und mehr Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungen. Ich setze mich für ein neues Programm „Leipzig für junge Menschen 2030“ ein, das konkrete Maßnahmen wirksam bündelt und sichtbar in allen Stadtbezirken ist.

Meine Vorhaben:

Leipzig bewegt sich – In einer Skatepark-Offensive 2030 strebe ich den Ausbau bestehender Skateanlagen sowie den Neubau zusätzlicher Anlagen in bislang unterversorgten Stadtteilen an.
Dazu kommen Pumptracks, also kleine Hügelstrecken für Räder sowie Anlagen für Parkour und Fitness im Freien. Sie sind für alle offen und kostenfrei.

Leipzig trifft sich – Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie sich treffen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Mit der Initiative „Jugendplätze plus“ schaffen wir mehr davon: mit Überdachung, WLAN-Zugang, USB-Ladestationen und Sitzgelegenheiten. Dort darf auch gefeiert werden. In Stadtteilen ohne passende Räume testen wir einen Jugendkultur-Container als mobilen Jugendtreff.

Leipzig entscheidet – ich werde mich für die Einführung eines Jugendbudgets in den Stadtbezirken einsetzen, damit junge Menschen mit Hilfe einer lokalen Jugendjury vor Ort über kommunale Projekte mitbestimmen können.

Leipzig gestaltet – Zur Förderung urbaner Kultur, der künstlerischen Entwicklung junger Menschen und zur Verringerung illegaler Graffiti wird es den Ausbau legaler Graffiti-Wände geben, der durch Workshops mit lokalen Künstlerinnen und Künstlern begleitet wird.

Leipzig kann Party – das Nachtleben unserer Stadt trägt wesentlich zur Attraktivität Leipzigs für junge Menschen bei. Der Nacht-Rat und andere Akteure arbeiten künftig noch enger untereinander und mit der Verwaltung zusammen, um die Rahmenbedingungen für Clubs, Live-Musikspielstätten usw. zu verbessern; besonders am Herzen liegt mir hier der Ausbau des LVB-Nigthliner-Angebots.

5. Leipzig gestaltet die Verkehrswende

Sich bewegen zu können, gehört für mich zur Grundversorgung einer Stadt. Wer nicht wegkommt, kann auch nicht mitmachen. Ein gut finanzierter öffentlicher Nahverkehr sowie sichere Rad- und Fußwege sind für mich darüber hinaus der Schlüssel zu sauberer Luft, leiseren Straßen und Lebensqualität. Straßen sollten nicht nur Parkflächen sein, sondern Orte, an denen Menschen sich gerne aufhalten – mit Bäumen, Sitzgelegenheiten und sicheren Wegen für Kinder.
Für mich ist klar: Ohne Fußverkehr funktioniert unsere Stadt nicht. Auch Menschen mit Rollator oder Rollstuhl gehören selbstverständlich dazu. Sichere Schulwege sind für mich besonders wichtig, denn unsere Kinder sollen ihren Schulweg selbstständig und ohne Angst bewältigen können. Auch Menschen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, stoßen noch viel zu oft auf Lücken im Radwegenetz oder auf gefährliche Kreuzungen. Das möchte ich ändern und mehr sichere, durchgängige und komfortable Wege schaffen.
Busse und Bahnen sind für mich das Rückgrat einer gerechten und klimafreundlichen Mobilität in Leipzig. Mir ist wichtig, dass sich alle Menschen den Nahverkehr leisten können. Dafür brauchen wir eine leistungsfähige und solide finanzierte LVB in kommunaler Hand mit einem gut ausgebauten Netz, attraktiven Fahrpreisen und modernen Fahrzeugen.

Meine Vorhaben:

Leipzig läuft und radelt – mehr Zebrastreifen und Fahrradstraßen ab 2028: Ich sorge dafür, dass 100 zusätzliche sichere Straßenquerungen (u.a. Zebrastreifen, Mittelinseln) in Leipzig entstehen. Außerdem werden die Ludwigstraße, die Bernhard-Göring-Straße und der Rennbahnweg zu echten Fahrradstraßen. Die Radschnellwege nach Schkeuditz und nach Markkleeberg werden prioritär
geplant und bis zum Jahr 2034 gebaut. Durch den gezielten Ausbau regionaler Radschnellwege verbinden wir Stadt und Land sicher, schnell und barrierefrei.

Leipzig fährt sozial – ich setze mich für ein Tarifmoratorium für das Einzel- und Sozialticket ein. Das Einzelticket darf die Schallmauer von vier Euro nicht durchbrechen. Außerdem darf es keine weiteren Preiserhöhungen beim Sozialticket geben. Dass die Ticketpreise seit 2021 jedes Jahr steigen und eine Einzelfahrt inzwischen 3,80 Euro kostet, halte ich für falsch und unsozial. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass Bund und Land den ÖPNV spätestens ab 2030 besser finanzieren, damit Mobilität für alle bezahlbar bleibt.

Leipzig rollt – Busse und Bahnen sollen künftig eine noch größere Rolle spielen. Dazu brauchen wir endlich eine zusätzliche Verbindung zwischen Ost und West. Mein langfristiges Ziel ist deshalb der Bau der Südsehne. Dann fahren Straßenbahnen über den Schleußiger Weg und verbinden endlich Grünau mit der Südvorstadt und dem Leipziger Osten. So wird die Fahrtdauer verkürzt und der Hauptbahnhof entlastet. Außerdem werde ich mich für den Straßenbahnausbau in Thekla und Wahren einsetzen.

6. Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft

Leipzigs Wirtschaft hat in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel bewältigt. Heute verfügt die Stadt über eine vielfältige Unternehmenslandschaft, starke Hochschulen und Forschungseinrichtungen und eine wachsende Firmengründungsszene. Unter sich erneut verändernden wirtschaftlichen Bedingungen müssen wir Wertschöpfung sichern, innovative Arbeitsplätze schaffen und gute Bezahlung ermöglichen. Dabei werde ich mich besonders für die Stärkung von

GreenTech, Biotechnologie, Pharma und Medizintechnologie sowie Wasserstoff als Zukunftsbranchen am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Leipzig einsetzen.

Wirtschaftliche Entwicklung muss zukunftsfähig sein und gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung stärken. Im Dialog mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Kammern, Wissenschaft und Unternehmen will ich die wirtschaftliche Entwicklung Leipzigs aktiv begleiten. Leipzig muss mehr aus seiner Stärke als Wissenschafts- und Gründungsstadt machen: Es müssen bessere Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Ideen von hier auch hier verwirklicht werden, Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze entstehen.

Meine Vorhaben:

Leipzig sichert die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung – Unternehmen brauchen eine Stadt, auf die Verlass ist: Straßen und Bahnen, Energie, schnelles Internet und funktionierende kommunale Einrichtungen. Ich sorge dafür, dass diese Infrastruktur mitwächst, wenn Wirtschaft und Wissenschaft in Leipzig wachsen. Dazu gehören auch gute regionale und überregionale Verkehrsverbindungen und ein leistungsfähiger Flughafen Leipzig/Halle in friedlicher Nutzung.

Leipzig bewahrt städtisches Eigentum – Ich stehe zu unseren städtischen Unternehmen. Dazu gehören die Leipziger Stadtwerke, die Kommunalen Wasserwerke und die LVB im LVV-Konzern. Dazu kommen die LWB und unser Krankenhaus St. Georg mit seinem Eigenbetrieb. Sie bleiben in städtischer Hand, so wie alle anderen kommunalen Beteiligungen auch.

Leipzig wird digitaler und schneller – Wer in Leipzig gründen, sich erweitern oder neue Produkte entwickeln und herstellen will, hat künftig einen Ansprechpartner statt fünf Ämter. Die Antragsbearbeitung kann jederzeit online verfolg werden. Für diesen Unternehmensservice als echten „One-Stop-Shop“ werden Wirtschaftsförderung, Invest Region Leipzig und die beteiligten Ämter enger verzahnt. Ein digitaler Verfahrensmonitor schafft Transparenz über Bearbeitungsstand, benötigte Unterlagen und nächste Verfahrensschritte. Damit sollen insbesondere Unternehmensansiedlungen, Erweiterungsinvestitionen und die Umsetzung neuer wirtschaftlicher Vorhaben erleichtert und beschleunigt werden.

Leipzig stärkt Mittelstand und Handwerk – Handwerk und inhabergeführter Mittelstand sichern Arbeitsplätze, Ausbildung und Wertschöpfung in unserer Stadt. Gemeinsam mit den Kammern will ich eine konzentrierte Zusammenarbeit für tragfähige Nachfolgeregelungen in Handwerksbetrieben und inhabergeführten Unternehmen organisieren und dabei Beratung, Vermittlung und Finanzierungsmöglichkeiten besser zusammenführen. Die Stadt muss zugleich Garant für funktionierende wirtschaftliche Infrastrukturen und praktikable Parkplatz- und Ladezonenlösungen insbesondere für Handwerk, Dienstleistungs- und Pflegeunternehmen sein.

Leipzig gewinnt Fachkräfte – In wichtigen Branchen fehlen Fachkräfte, und oft ist das vorher absehbar. Ich werde den Bedarf regelmäßig auswerten lassen. Gemeinsam mit Kammern, Gewerkschaften, Hochschulen, Berufsschulen, Unternehmen und der Wohnungswirtschaft lege ich fest, wie wir Fachkräfte gewinnen, ausbilden, qualifizieren und in Arbeit bringen. Zur Gewinnung internationaler Auszubildender und Fachkräfte sollen Aufenthaltsverfahren zentralisiert und vereinfacht sowie die vollständig digitale Antragstellung umgesetzt werden.

Leipzig bringt Innovationen zur Marktreife – Viele gute Ideen scheitern nicht an der Technik, sondern am fehlenden Geld auf dem Weg zum ersten Kunden. Diese Lücke will ich mit einem regionalen Leipziger Risikokapitalfonds in Höhe von bis zu 100 Mio. Euro schließen. Der Fonds ist ausdrücklich nicht nur für Start-ups da. Er soll auch bestehenden Unternehmen helfen, neue Produkte zu entwickeln, damit die Wertschöpfung in Leipzig und der Region bleibt. Dafür bringe ich regionale Kreditinstitute, die Sächsische Aufbaubank, die Bürgschaftsbank Sachsen sowie weitere deutsche und europäische Förderbanken und private Kapitalgeber zusammen.

7. Solide Finanzen für ein zukunftsfähiges Leipzig

Unsere wachsende Stadt steht seit 1990 vor den größten - nicht nur - finanziellen Herausforderungen. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt Leipzigs nicht weiter zu gefährden, darf es keine grundlegenden Einschnitte bei der Umsetzung der beschlossenen Haushalte und den damit verbundenen Leistungen geben. Dauerhafte Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kinder und Jugend, Kultur, Sport, Umwelt- und Klimaschutz sind der falsche Weg. Ein Stellenabbau in der Verwaltung und den Eigenbetrieben will ich verhindern. Weiterhin ist es dringend erforderlich, dass Bund und Land notwendige Steuerreformen (Erbschafts-, Vermögens- und Einkommensteuer) endlich angehen und umsetzen. Die milliardenschwere Last der auf Leipzig übertragenen Aufgaben müssen Bund und Land vollständig übernehmen, damit die kommunale Selbstverwaltung nicht wie eine Seifenblase platzt. Das im Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung verankerte Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ ist zwingend einzuhalten.

Ändern muss sich auch die Zuweisungspolitik des Freistaates an die Kommunen. Insbesondere muss die gekürzte Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes beendet werden. Dafür werde ich als Oberbürgermeisterin kämpfen. Darüber hinaus setze ich mich für die Realisierung der beschlossenen, aber bisher nicht umgesetzten Investitionen ein, damit vor allem die Sanierung von Schulen, Brücken und der ÖPNV vorankommen. Leipzigs Infrastruktur darf nicht weiter verschlissen werden. Dafür brauchen wir ausreichendes Personal und zukunftsfähige Strukturen sowie ein professionelleres Fördermittelmanagement. Genauso wichtig ist für mich der Grundsatz, dass Eigeninvestitionen deutlich günstiger sind als die Anmietung von Objekten.

Meine Vorhaben:

Leipzig braucht Hilfe – ich werde mich für einen Schutzschirm von Bund und Land für die Kommunen zur Absicherung der übertragenen Aufgaben und für notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einsetzen.

Leipzig wird entlastet – Die Ausnahmeregelungen des Landes zur Genehmigung des Doppel-Haushaltes müssen erweitert und vereinfacht werden. Dazu zählt eine unbürokratische Kreditaufnahme für die von Bund und Land übertragenen Aufgaben und Investitionen und die Abschaffung von Haushaltssicherungskonzepten bei nicht selbstverschuldeter Schieflage des Haushaltes.

Leipzig bündelt Fördermittel – Ich werde ein zentrales Fördermittelmanagement unter Einbeziehung der vorhandenen dezentralen Strukturen aufbauen.

8. Leipzig entwickelt seine grün-blaue Infrastruktur weiter

Der rasant voranschreitende Klimawandel wird auch in Leipzig immer spürbarer: Abfolgen von Hitze, Trockenheit und Starkregen nehmen zu, die Abstände werden kürzer. Darunter leiden Pflanzen, Tiere und Menschen. Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind das Gebot der Stunde und müssen bei allen Stadtentwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen mitgedacht werden. Leipzig muss besser Regen aufnehmen können, statt ihn wegzuleiten, und im Sommer kühl bleiben. Dafür brauchen wir mehr Bäume und mehr offene Böden in der Stadt. Wir verbessern die Vernetzung von Grün und Wasser – Leipzig wird Schwammstadt. Das muss sozial gerecht geschehen, d.h. die Menschen mitdenken, ihnen einen sozialräumlich gerechten Zugang zu Freiräumen gewährleisten und den notwendigen Umbau sozial abfedern.

Meine Vorhaben:

Leipzig kann Klimaanpassung – Ich stehe zu den Beschlüssen: Leipzig wird bis 2040 klimaneutral, die Verwaltung bereits bis 2035. Außerdem setze ich mich für den Leipziger Klimahaushalt ein. Er bringt Fachpolitik, Finanzpolitik und Nachhaltigkeitsziele zusammen. In den nächsten Jahren soll er fester Teil davon werden, wie die Stadt plant und entscheidet.

Leipzig wird baumstärker – Leipzig hat derzeit ungefähr 57.000 Straßenbäume, denen es klimabedingt nicht gut geht. Die Anstrengungen zu Pflege, Schutz und Erhalt der Baumbestände müssen umgesetzt bzw. noch ausgebaut werden: ich strebe an, dass mindestens 2.000 zusätzliche Straßenbäume und 1.000 zusätzliche Parkbäume bis 2028 gepflanzt werden; in den Folgejahren soll der jährliche Zuwachs möglichst 2.000 Bäume betragen.

Leipzig packt die Wärmewende – Ich stehe zum Ziel der Stadt, bis 2038 klimaneutral im Bereich der Wärmewende zu sein. Dafür ist es wichtig, das erste umgebaute Fernwärmequartier in der Südvorstadt fristgerecht im Jahr 2030 zu übergeben.

Leipzig schützt seinen Auwald – Dem Auwald fehlt Wasser, er trocknet aus. Dagegen hilft, dass sich das Wasser wieder natürlicher bewegt. Stellen wir die typischen Bäche und Altarme der Aue wieder her, nutzen die natürlichen Überflutungsräume besser und stimmen ab, wie das Wasser in der Aue gesteuert wird.

Leipzig baut nachhaltiger – Auf den Freiflächen der Stadt wird immer mehr gebaut. Brachflächen und unbebaute Restflächen verschwinden oftmals ersatzlos. Ich bekenne mich zum Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, d.h. erst Flächen im schon bebauten Stadtgebiet und dann erst neue Flächen am Stadtrand nutzen. Bei Neubau und Sanierung planen wir von Anfang an mit: offene Böden statt Asphalt, begrünte Dächer, Platz für Bäume und Speicher für Regenwasser vor Ort. Langfristig soll in Leipzig mehr Fläche geöffnet als zugebaut werden.

9. Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung

Persönliche Sicherheit sowie Wahrung der öffentlichen Ordnung spielen für die Lebenszufriedenheit der Leipzigerinnen und Leipziger eine wichtige Rolle. Erfreulicherweise ist Leipzig über die Jahre sicherer geworden. Dabei waren und sind umfassende Prävention, vorbeugende Politik und bestehende Sicherheitspartnerschaften, unter anderem zur Landes- und Bundespolizei, Schlüssel zum Erfolg. Der Kommunale Präventionsrat spielt

dabei eine wichtige Rolle. Er soll helfen, Straftaten zu verhindern und dafür zu sorgen, dass sich die Menschen sicherer fühlen. Deshalb stärken wir ihn.

Wo es oft Streit gibt, braucht es Menschen, die vor Ort ansprechbar sind und Angebote, die helfen. Dafür stärken wir bei den städtischen Sicherheitsbehörden die interkulturellen und kommunikativen Kompetenzen, insbesondere im Umgang mit Menschen aus verschiedenen Ländern und Lebenslagen.

Meine Vorhaben:

Leipzig integriert – kurzfristig wird ein Programm zur Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte für die Stadtverwaltung initiiert.

Leipzig schützt sein Grün – für die Parkanlagen wird eine gesonderte Grünanlagensatzung aufgestellt und in besonders gefährdeten Anlagen wie dem Lene-Voigt-Park bewusst Personal mit Awarenesskompetenz dem Stadtordnungsdienst zur Seite gestellt.

Leipzig wertet den öffentlichen Raum auf – Ich lege ein Investitionsprogramm für Plätze, Wege und Grünflächen auf. Wir sorgen für bessere Beleuchtung, gepflegte Freiräume und eine höhere Aufenthaltsqualität dort, wo die Menschen sie brauchen. So machen wir Leipzig sicherer, lebenswerter und attraktiver und schaffen mehr Raum für Begegnungen, Freizeit und Erholung.

10. Leipzigs Rathaus als Mittelpunkt des städtischen Lebens

Leipzig braucht dringend eine empathische Führungskultur für eine leistungsfähige Verwaltung, die transparent, bürgernah und offen für Mitgestaltung ist. Ich werde die demokratische Beteiligung stärken. Hinweise und Vorschläge aus der Stadtgesellschaft sollen frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse einfließen. Mit dem Stadtrat will ich künftig besser zusammenarbeiten. Das Ehrenamt muss gestärkt werden.

Ich werde bürokratische Hürden abbauen sowie Verwaltungsleistungen digital und barrierefrei ausbauen. Der persönliche Bürgerservice wird in allen Stadtbezirken erreichbar sein. Ich werde Leipzig für seine über 8.000 Beschäftigten in der Kernverwaltung wieder als attraktive und wertschätzende Arbeitsstelle etablieren.

Meine Vorhaben:

Leipzig wird bürgernäher – Bürgerbeteiligung wird verbindlicher Standard der Stadtverwaltung. Bürgerinnen und Bürger, Ortschaftsräte, Stadtbezirksbeiräte und Fachbeiräte werden bei wichtigen Vorhaben von Beginn an beteiligt und erhalten transparente Rückmeldungen.

Leipzig kommt zu den Menschen – Wer etwas im Bürgeramt erledigen will, soll das in seinem Stadtbezirk tun können. Mittelfristig werde ich die bürgernahen Verwaltungsdienstleistungen zum Bürgerservice 2030 weiterentwickeln. Dann soll es möglichst in jedem Stadtbezirk wieder ein ortsgebundenes Bürgerservicebüro geben. Barrierefreie Bürgerservicebusse werden auch mit Blick auf die Ortsteile den Service ergänzen. Niemand soll künftig länger als 14 Tage auf einen Termin warten.

Leipzig kann Bürgerentscheid – Manche Vorhaben prägen die Stadt für Jahrzehnte. Darüber sollen die Leipzigerinnen und Leipziger nach Möglichkeit selbst abstimmen. Ich werde entsprechende Abstimmungen vorschlagen. Wenn es geht, legen wir sie auf einen Wahltag, damit viele Menschen mitmachen.

Leipzigs Rathaus wird beschäftigungsfreundlicher – langfristig wird die Stadtverwaltung ein attraktiverer Arbeitsort. Ich möchte den Krankenstand durch empathische Führung, Vertrauen in die Beschäftigten sowie moderne und gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen unter den Bundesdurchschnitt senken. Nur zufriedene und motivierte Beschäftigte ermöglichen eine leistungsfähige Verwaltung. Dafür braucht es ausreichend gut ausgebildetes Personal.

11. Leipzig treibt Sport

Über 100.000 Leipzigerinnen und Leipziger treiben Sport im Verein. Unzählige weitere joggen im Park, kicken auf dem Bolzplatz oder ziehen ihre Bahnen in der Schwimmhalle. Möglich wird das durch tausende Ehrenamtliche, die Woche für Woche Trainings organisieren, und eine städtische Sportinfrastruktur, die allen offensteht. Beides gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Denn Sport ist keine Nebensache, sondern Daseinsvorsorge. Er hält gesund, bringt Menschen zusammen und darf nicht vom Geldbeutel oder vom Stadtteil abhängen. Das gilt gerade bei der lebensnotwendigen Schwimmfähigkeit. Wasserfläche ist knapp und sie ist dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht wird – bei den Kindern. Der Schwerpunkt kommunaler Sportpolitik gehört dorthin, wo die Menschen sind: in den Breitensport, in die Vereine und in den öffentlichen Raum. Das gilt auch für große Bauvorhaben. Von ihnen muss die gesamte Stadt profitieren.

Meine Vorhaben:

Leipzig lernt schwimmen – Sicheres Schwimmen darf keine Frage des Elternhauses sein. Gemeinsam mit den Sportbädern und den Schulen sollen die Belegungspläne der Hallen so gestaltet werden, dass möglichst alle Kinder sicher schwimmen lernen. Zusätzliche Kursangebote in den Ferien sollen die Angebote ergänzen. Die Sanierung der Schwimmhalle Grünauer Welle wird vorrangig auf den Weg gebracht, damit die dort vorhandene Wasserfläche erhalten bleibt.

Leipzig stärkt seine Vereine – Bei den Zuschüssen für Vereinssportstätten wird nicht gekürzt. Die Pachtkostenzuschüsse sollen mit der Kostenentwicklung Schritt halten, damit steigende Kosten nicht auf die Mitgliedsbeiträge durchschlagen. Auch Investitionen in den Erhalt der Vereinsanlagen bleiben verlässlich gefördert. Wer ehrenamtlich Training gewährleistet, soll dabei stärker unterstützt werden. Dazu gehören einfachere Verfahren, bessere Beratung und mehr Anerkennung.

Leipzig entwickelt das Sportforum weiter – Hier ist nicht nur Spitzensport zu Hause; hier trainieren auch Vereine, finden Wettkämpfe statt und Zehntausende Menschen kommen zu großen Veranstaltungen zusammen. Bis 2030 sollen die Planungen sowie die Fragen der Finanzierung und Genehmigung für den Umbau und Neubau abgeschlossen sein. Dazu gehören eine neue Ballsporthalle, die Erweiterung der ARENA Leipzig und des Sportmuseums. Weil dafür viel öffentliches Geld eingesetzt wird, müssen Sporträume auch Vereinen, Schulen und dem Breitensport verlässlich und zu bezahlbaren Bedingungen offenstehen. Barrierefreiheit wird dabei von Anfang an auf dem gesamten Gelände mitgedacht.

Leipzig ist Spitze – das Sportprogramm wird 2027 für die nächsten zehn Jahre fortgeschrieben und wird als Sportfachplanung auch dem Leipziger Leistungssport neue Impulse verleihen. Wichtig ist mir die frühzeitige Zusammenarbeit mit der neuen deutschen Spitzensportagentur, die ihren Sitz in Leipzig hat.

12. Leipzig stärkt Demokratie und Frieden

Leipzig ist eine engagierte Bürgerstadt und lebt Demokratie seit der Friedlichen Revolution 1989 in besonderer Weise. Demokratie, Weltoffenheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine Selbstverständlichkeit und müssen jeden Tag neu erkämpft werden. Für Rassismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist in Leipzig kein Platz. Unsere Stadt trägt als Ort der Friedensgebete und der Friedlichen Revolution eine besondere Verantwortung für Frieden, Dialog und internationale Verständigung. Deshalb will ich demokratische Teilhabe stärken, bürgerschaftliches Engagement fördern und Leipzig als weltoffene Friedensstadt weiterentwickeln. Die Ansiedlung von Rüstungsproduktion wie jetzt von Covenant lehne ich ausdrücklich ab. Die geplante Durchführung eines Bürgerentscheids mit dem erklärten Ziel, künftig keine kommunalen Grundstücke für Rüstungsunternehmen zur Verfügung zu stellen, begrüße ich.

Meine Vorhaben:

Leipzig befördert den Frieden – Gleich nach dem Amtsantritt mache ich Leipzig als europäische Friedens- und Dialogstadt noch sichtbarer. Dazu gehört eine aktive Rolle im Netzwerk Mayors for Peace. Und wir fördern Bildung zum Frieden und den Austausch mit anderen Ländern.

Leipzig bleibt weltoffen – Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werde ich entschlossen bekämpfen sowie Integration und gesellschaftliche Teilhabe fördern, das Ehrenamt stärken, Demokratie- und Integrationsprojekte gezielt unterstützen.

Leipzig lebt Demokratie – Langfristig möchte ich Leipzig als europäisches Vorbild für demokratische Teilhabe, Weltoffenheit und Friedenskultur weiterentwickeln – eine Stadt, in der bürgerschaftliches Engagement selbstverständlich ist, Vielfalt gelebt wird und alle Menschen die Möglichkeit haben, ihre gemeinsame Zukunft aktiv mitzugestalten.

13. Leipzig wird inklusiver

Inklusion ist kein Luxus und kein „Nice-to-have“. Der Auftrag ist klar: Barrieren abbauen, Selbstbestimmung stärken und allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen. Leipzig hat sich früh auf den Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft gemacht. Darauf können wir aufbauen. Doch viele Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen stoßen noch immer auf Hindernisse – im öffentlichen Raum, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Nahverkehr oder beim Zugang zu Kultur, Sport und Verwaltung. Eine Stadt ist erst dann sozial und gerecht, wenn niemand ausgeschlossen wird.
Für mich ist deshalb Inklusion kein Randthema, sondern eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtpolitik. Mehr als zehn Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger leben mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung. Ihnen soll die nötige Assistenz für ein

weitgehend selbstbestimmtes Leben bereitgestellt werden und sie sollen selbstverständlich mitentscheiden: Wohnen, Arbeiten, Lernen, Freizeitgestaltung oder Politik betreffend.

Dafür braucht es barrierefreie Angebote, Schulen und Betriebe, die allen Menschen offenstehen, vielfältige Wohnformen, in denen Menschen selbst bestimmt leben und entscheiden können sowie eine Verwaltung, die Teilhabe von Anfang an mitdenkt. Die Fortschreibung des Leipziger Teilhabeplans muss zu einem verbindlichen Handlungsprogramm für die gesamte Stadtverwaltung werden. Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Interessenvertretungen werde ich Inklusion konsequent voranbringen – nach dem Grundsatz: Nicht über uns ohne uns!

Meine Vorhaben:

Leipzig baut Barrieren ab – ich möchte einen kommunalen Aktionsplan für mehr Barrierefreiheit beschließen und den barrierefreien Ausbau von Verwaltungsgebäuden, Haltestellen, Spielplätzen, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie des öffentlichen Raums beschleunigen. Bei allen kommunalen Bau- und Sanierungsvorhaben wird Barrierefreiheit künftig verbindlicher Standard. Barrierefreiheit wird zur Leitlinie kommunalen Handelns.

Leipzig wohnt selbstbestimmt – wir fördern den Ausbau barrierefreier und inklusiver Wohnangebote sowie ambulant unterstützter Wohnformen. Gemeinsam mit Wohnungsunternehmen sowie sozialen Trägern schaffen wir bis 2034 mehr bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum und stärken inklusive Quartiere, in denen Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich zusammenleben.

Leipzig arbeitet inklusiv – gemeinsam mit Unternehmen, Integrationsfachdiensten und den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) schaffen wir ein kommunales Netzwerk für inklusive Beschäftigung. Unser Ziel ist, deutlich mehr Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln und ihnen - entsprechend ihrer Möglichkeiten - eine sinnstiftende Tätigkeit bei fairer Bezahlung zu bieten. Damit unterstreicht die Stadt Leipzig ihre bestehende Vorreiterrolle als inklusive Arbeitgeberin.

14. Leipzig steht für Geschlechtergerechtigkeit

Frauen haben an Leipzigs Geschichte über Jahrhunderte aktiv mitgeschrieben, wenn ich an Louise Otto-Peters, Clara Schumann und Clara Zetkin denke. Leider sind Frauen noch immer in vielen Lebensbereichen benachteiligt; es ist ein Skandal, dass die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren wieder größer wurde und derzeit in Leipzig 18 Prozent beträgt (Sozialreport 2025). Auch der tendenzielle Anstieg der Straftaten im Bereich häuslicher und sexualisierter Gewalt in Leipzig betrifft strukturell zumeist Frauen. Es bedarf also auch in Leipzig noch immer gewichtiger Anstrengungen, um die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern zu verbessern und insbesondere die Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie deren Mitwirkung in entsprechenden Gremien zu fördern. Insofern ist es höchste Zeit für die erste Oberbürgermeisterin in der über tausendjährigen Geschichte dieser Stadt.

Meine Vorhaben:

Leipzig schafft mehr Lohngerechtigkeit – ich werde einen Gender Pay Kompass ins Leben rufen, mit dem jährlich die geschlechtsspezifische Einkommenslücke in allen wirtschaftlichen Bereichen erfasst und ausgewertet wird. Gemeinsam mit IHK und Handwerkskammer, den

Gewerkschaften sowie den Hochschulen möchte ich eine Strategie zum Verringern und Schließen dieser Lücke entwickeln. Auf Unternehmen und Institutionen werde ich aktiv zugehen, um sie für dieses Vorhaben zu gewinnen.

Leipzig schützt vor häuslicher Gewalt – Frauen und Kinder, die vor Gewalt fliehen, brauchen sofort einen sicheren Ort. Dafür muss der Gewaltschutz verlässlich arbeiten und die Zentrale Sofortaufnahme wieder eröffnet werden. Damit setzen wir konsequent um, wozu sich Deutschland mit der Istanbul-Konvention verpflichtet hat: Frauen vor Gewalt zu schützen.

Leipzig fördert Gleichstellung – wir benötigen eine konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen*, Trans- und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen und städtischen Eigenbetrieben, einschließlich der paritätischen Besetzung von Führungspositionen und mehr Frauen in Aufsichtsräten.

Leipzig macht Frauengeschichte sichtbarer – Hunderte bemerkenswerte Frauen haben die Leipziger Stadtgeschichte geprägt, darunter Apollonia von Wiedebach, Friederike Neuber, Henriette Goldschmidt, Lene Voigt, Gerda Taro, Margarete Blank, Karola Bloch, Hildegard Maria Rauchfuß, Evelyn Richter, Christel Hartinger, Iris Lieckfeldt und die unlängst zur Ehrenbürgerin ernannte Channa Gildoni. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass unsere Erinnerungskultur noch weiblicher (und feministischer) wird und es im öffentlichen Raum mehr Benennungen von Straßen, Plätzen usw. nach Frauen gibt. Darüber hinaus führt die Stadt jährlich eine Gedenkveranstaltung am neu errichteten Femizid-Mahnmal durch.

15. Leipzig war, ist und bleibt Kulturmetropole mit globaler Ausstrahlung

Kultur ist kein Luxus, sondern unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und prägt die Identität unserer Stadt. Leipzig verdankt seinen internationalen Ruf nicht nur seiner großen Musiktradition und seinen Museen, sondern ebenso einer vibrierenden freien Kunst- und Kulturszene, einer vielfältigen Festivallandschaft sowie zahlreichen soziokulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen. Diese kulturelle Vielfalt und Stärke wird von den Leipzigerinnen und Leipzigern sehr geschätzt, wie die jährliche Kommunale Bürgerumfrage immer wieder bezeugt.
Mein Ziel ist es, die enorme Bandbreite der Kultur nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv auszubauen. Dazu gehören eine verlässliche Kulturförderung, der Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur, die Stärkung der freien Szene und der Stadtteilkultur sowie die enge Zusammenarbeit zwischen freien Trägern und städtischen Einrichtungen. Kulturförderung ist dabei nicht nur eine kulturpolitische Aufgabe, sondern auch eine Investition in den Wirtschafts- und Lebensstandort Leipzig. Sie stärkt Tourismus, Gastronomie, Hotellerie, Handel und Dienstleistungen. Kultur schafft Teilhabe für alle Generationen, stärkt Demokratie und Erinnerungskultur und macht Leipzig als Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort attraktiv. Von der Clubkultur bis zur Oper, von der Bildenden Kunst bis zur Musikwirtschaft – Leipzig soll auch künftig eine Stadt bleiben, in der Kultur Freiräume schafft, Menschen verbindet und Zukunft gestaltet.

Meine Vorhaben:

Leipzig baut Museen – Im Jahr 2030 stellen wir den Umbau des ehemaligen Bowlingtreffs am Wilhelm-Leuschner-Platz zum neuen Naturkundemuseum fertig. Mit seiner Eröffnung im Herzen der Stadt entsteht eine neue museale Attraktion für alle Leipzigerinnen und Leipziger und ihre Gäste.

Leipzig bleibt entgeltfrei – Die Einführung der Entgeltfreiheit in den vier städtischen Museen hat überzeugt. Der kostenfreie Zugang zu den Dauerausstellungen ist ein Beweis, dass Leipzig Teilhabe kann. Wir sichern den entgeltfreien Zugang auch weiterhin und damit Partizipation an den musealen Schätzen unserer Stadt.

Leipzig kann Festival – In der Gottschedstraße schaffen wir mit dem Haus der Festivals ein neues, attraktives Zentrum für die Festivallandschaft der Freien Szene und bieten mit dem Saal eine wunderbare Livespielstätte für Künstlerinnen und Künstler und ihr Publikum.

Leipzig ist Musik – Gemeinsam mit Oper, Gewandhaus, Mendelssohn-Haus und Bachfest entwickeln wir die renommierte Musiklandschaft unserer Stadt Leipzig weiter. Die geplanten Festivals stärken den Tourismusstandort Leipzig. Als wiederkehrende Großveranstaltungen sorgen sie für internationale Wahrnehmung unserer Stadt und ziehen internationale Gäste an. Dies hat u.a. Effekte auf Hotellerie und Gastronomie.

Leipzig produziert Musik – Eine stärkere Musikwirtschaft in Leipzig bedeutet neue Künstlerinnen und Künstler, neue Repertoires. In Zukunft soll Leipzig eine Stadt werden, in der noch mehr Musik produziert, verlegt und in die Welt getragen wird. Wirtschaftliche Impulse schaffen Arbeitsplätze und Innovationen, z.B. in den Bereichen Tourismus, Medien oder Veranstaltungswirtschaft.

16. Leipzig mit Wissenschaft und Forschung auf Zukunftskurs

Wissen ist die größte und wertvollste Ressource in einer global vernetzten Welt. Leipzig lebt als traditionelle Handels- und Messestadt, an der Kreuzung der historischen Handelsrouten Via Imperii und Via Regia, internationalen Austausch. Seit der Universitätsgründung 1409 ist Leipzig auch eine Stadt der Wissenschaft. Heute verfügt Leipzig über ein beeindruckendes, fachlich hochstehendes und breites Spektrum an wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen; darüber hinaus ist Leipzig ein attraktiver Kongressstandort. Leipzigs Stärke ist, von innen zu wachsen. Mein Ziel ist es, Gründungsideen, Start-ups und kreativen Impulsen exzellente Entwicklungsmöglichkeiten bereitzustellen, damit aus ihnen nachhaltige Wertschöpfung wachsen kann.

Meine Vorhaben:

Leipzig hält seine klugen Köpfe – Damit möglichst viele Absolventinnen und Absolventen ihren Berufseinstieg hier starten, will ich gemeinsam mit Hochschulen und Unternehmen eine Leipziger Bleibestrategie entwickeln.

Leipzig wird noch studierendenfreundlicher – Über 40.000 junge Menschen studieren in unserer Stadt. Viele finden keinen Wohnraum, den sie bezahlen können. Mit Studentenwerk, LWB und Genossenschaften bauen wir künftig mehr Wohnheimplätze.

Leipzig gründet – Leipzig braucht eine neue Gründerzeit. Dafür will ich mit der Startup Factory BoOst, weiteren Labor-Hubs und Gründerflächen zu günstigen Konditionen als Kern eine Leipziger Transfer- und Gründungsstrategie für Zukunftsunternehmen entwickeln. Dabei soll ein Forschungsbiotop entstehen, das Universität Leipzig, die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, die HHL Leipzig Graduate School of Management und die in Leipzig ansässigen Forschungsinstitute enger miteinander und mit der Wirtschaft verknüpft. Wissenschaft, Gründungsberatung und Wirtschaftsförderung sollen so systematisch zusammenarbeiten, damit aus Forschung und neuen Ideen häufiger wirtschaftlich

erfolgreiche Produkte und Unternehmen in Leipzig entstehen. Das Mittelstandsförderprogramm will ich gezielter für innovative Geschäftsmodelle, technologieorientierte Start-ups und wissenschaftliche Ausgründungen einsetzen.

17. Leipzig wird noch internationaler

Nicht nur als weltoffene Messe- und Universitätsstadt empfängt Leipzig seit Jahrhunderten Zuziehende aus nah und fern mit offenen Armen. Die größte Stadt in Ostdeutschland verstärkt ihre Internationalität weiter, insbesondere ihre Rolle als europäische Brücke zwischen West und Ost. Leipzig wird noch vielfältiger. Wer hierherkommt, soll noch schneller Deutsch lernen können, leichter eine Ausbildung finden und seinen Berufsabschluss rascher anerkannt bekommen. So gelingt der Weg in Arbeit.

Meine Vorhaben:

Leipzig wird bunter – ich richte 2028 ein „Haus der Vielfalt und Teilhabe“ ein, das von den Leipziger Migrantenorganisationen für ihre Vereinsarbeit und Veranstaltungen genutzt werden kann.

Leipzig wird globaler – bestehende Städtepartnerschaften werden durch Jugend-, Kultur-, Wissenschafts- und kommunalen Austausch noch mehr von unten mit Leben gefüllt; weitere Städtepartnerschaften, insbesondere im arabischen, asiatischen und lateinamerikanischen Raum werden bis 2030 neu geknüpft, ich denke dabei an Damaskus, Havanna und Seoul.

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

das vorliegende Wahlprogramm ist mein inhaltlicher Anspruch nach fast zwei Jahrzehnten kommunalpolitischer Arbeit für unsere Stadt und den dabei gesammelten Erfahrungen. Ich hoffe, ich konnte Sie überzeugen. Nun sind Sie am Zuge und entscheiden am 21. Februar bzw. 21. März 2027 über die Zukunft unserer Stadt. Ich bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme – und vor allem um Ihre Mitwirkung, weit über den Wahltag hinaus.

Leipzig 2027–2034 gemeinsam.

Ihre Dr. Skadi Jennicke

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

_____

A2: „Bezahlbares Wohnen für alle“ Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wohnprogramms

Einreichende: Dr. Skadi Jennicke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Stadt und sie ist mir persönlich wichtig: Ich zähle selbst zu den 87 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger, die zur Miete wohnen. Und deshalb weiß ich auch, dass der angespannte Wohnungsmarkt immer mehr Menschen stark belastet; besonders die steigende Mietbelastung bereitet vielen Haushalten nicht erst seit gestern große Sorge.
Vom Bayerischen Bahnhof bis hin zum Eutritzscher Freiladebahnhof. In Leipzig liegen viele Wohnbauprojekte brach. Über 8.000 Wohnungen sind baurechtlich genehmigt, aber werden nicht gebaut. Bis 2030 benötigt Leipzig 17.500 neue Wohnungen.
Diese fatale Entwicklung hat maßgeblich mit der verfehlten Wohnungspolitik auf Bundes- und Landesebene zu tun. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind begrenzt. Seit vielen Jahren kämpfen wir als Die Linke konsequent gegen die Wohnungsnot in Leipzig. Wir stärken die Rechte von Mieterinnen und Mietern, implementieren Kontrollmechanismen in der Verwaltung und unterstützen gemeinwohlorientierte Träger bei der Herstellung von Wohnraum. Wir müssen aus der Defensive heraus und unseren Wohnraum endlich selbst gestalten. Unter dem Motto „Bezahlbares Wohnen für alle" haben wir daher ein eigenständiges Wahlprogramm zu diesem zentralen Lebensbereich entwickelt.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Dr. Skadi Jennicke

1. Amt für bezahlbares Wohnen

Ich schaffe möglichst schnell ein Amt für bezahlbares Wohnen. Darin bündeln wir unsere kommunalen Werkzeuge zum Mieterschutz, bauen Bearbeitungsrückstände ab und bekämpfen rechtswidrige Mietpraktiken u.a. durch eine Mietpreisprüfstelle konsequent. Die Task Force soll mit bis zu 30 Stellen ausgestattet werden.

Mietwucher: Überhöhte Mieten sollen systematisch erfasst und konsequent geahndet werden. Derzeit bearbeitet eine einzige Person 541 Verdachtsfälle von Mietwucher (Stand Ende August 2026).

Zweckentfremdung: Seit dem 1. September 2026 fallen über 556 überwiegend als Ferienwohnung genutzte Wohnungen aus einer Übergangsfrist heraus. Durch konsequente Kontrolle wollen wir diesen Wohnraum wieder den Leipzigerinnen und Leipzigern zugänglich machen. Über 1.000 Hinweise aus der Bevölkerung blieben bisher unbearbeitet.

Mietenberatung: Probleme bei der Miete sind oft komplex und belasten Menschen nicht nur im Geldbeutel. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen sind ausgelastet oder kostenpflichtig. Wir wollen diese Mietenberatungen deutlich stärken und ergänzen um kommunale

Werkzeuge beispielsweise bei der Aufklärung zum Mietrecht oder der Implementierung eines Rechtsbeistandes bei Räumung.

Soziale Erhaltungssatz: Verstöße in unseren Erhaltungssatzungsgebieten müssen zügig geahndet werden. Außerdem möchten wir die Ausweitung von Milieuschutzgebieten weiterhin prüfen und vorantreiben.
Die Neu- bzw. Umstrukturierung eines Amtes wird eng mit den dort beschäftigten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern abgestimmt. Niemand muss um seine Stelle fürchten. Wir wollen unsere Verwaltung stärken, Verantwortungsbereiche erweitern und Überlastung abbauen.

2. Sozial bauen

Leipzig braucht eine Offensive im Sozialwohnungsbau. Durch eine kooperative Baulandentwicklung möchte ich das Planungsrecht stärker an eine verbindliche Quote von 50 Prozent für geförderten Wohnungsbau koppeln und so auch auf privaten Flächen mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ziel ist eine Verdopplung des Sozialwohnungsbaus auf 1.000 Wohneinheiten jährlich. Damit könnten von 2029 bis 2034 rechnerisch bis zu 6.000 Sozialwohnungen entstehen.

3. Obdachlosigkeit bekämpfen

Niemand soll in Leipzig ohne ein eigenes Zuhause bleiben müssen. Die Obdachlosigkeit muss schrittweise überwunden werden. 2024 gab es in Leipzig 605 Zwangsräumungen. Ich baue „Housing First“ deutlich aus und unterstütze Menschen dabei, dauerhaft in einer eigenen Wohnung zu leben. Auch die Verdrängungsdynamik im öffentlichen Raum muss beendet werden. Wer Menschen von einem Ort vertreibt, muss alternative Unterkünfte anbieten.

4. LWB stärken

Aufgrund hoher Sanierungsaktivitäten im eigenen Bestand, hohen Erwartungen im Neubau und steigenden Kosten im Baugewerbe erhöht die LWB ihre Mieten flächendeckend, um Investitionen tätigen zu können. Für die Mieterinnen und Mieter geht das zu schnell und belastet ihre Geldbeutel zu stark. Die LWB darf kein Treiber des Mietspiegels werden.
Damit mehr günstige Wohnungen gebaut werden können, stärke ich die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft. Wir kämpfen für ein Landesprogramm nach dem Vorbild Mecklenburg- Vorpommerns, mit dessen Hilfe die DDR-Altschulden in Höhe von rund 100 Mio. Euro der LWB abgebaut werden sollen. Die damit freiwerdenden Mittel erweitern den finanziellen Spielraum für neue Bauvorhaben erheblich.
Darüber hinaus möchte ich mich durch die Aufnahme einer Mietervertretung in den Aufsichtsrat, weiter für die Demokratisierung der LWB einsetzen.

5. Bodenfonds einrichten

Ich richte einen revolvierenden Bodenfonds ein und beginne gleichzeitig mit einer aktiven Bodenvorratshaltung. Die Stadt soll Grundstücke halten und damit die Grundlage für künftige Neubauprojekte auf städtischem statt auf privatem oder spekulativem Grund

schaffen. Städtische Grundstücke dürfen grundsätzlich nicht einfach an den Höchstbietenden verkauft werden. So bleibt der Boden langfristig für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung verfügbar. Im Einzelfall sollen Verkäufe von Flächen, beispielsweise in Gewerbegebieten, nur nach Ratsbeschluss möglich sein. Die Erlöse aus den Pachtverträgen und einzelnen Verkäufen kommen dem kommunalen Fonds zu Gute und werden langfristig für neue Ankäufe genutzt.

6. Genossenschaften fördern

Vom Hausprojekt zur Seniorinnen- und Senioren-WG, bis hin zum Wagenplatz: Wohnen in Leipzig hat viele Gesichter. Ich stärke deshalb das städtische Engagement für genossenschaftliche Projekte, vergebe kommunale Bürgschaften, fördere Genossenschaften bei der Grundstücksvergabe und bewerben die Nutzung von Nachrangdarlehen. So wird nicht nur bestehender Wohnraum geschützt, sondern auch mehr Raum für selbstbestimmte und gemeinschaftliche Wohnformen geschaffen. Städtische Grundstücke sollen grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden. Dadurch bleibt der Boden dauerhaft in kommunaler Hand, während auf ihm bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Das Erbbaurecht verhindert, dass öffentliche Grundstücke nach ihrer Vergabe einfach weiterverkauft und zum Gegenstand weiterer Spekulation werden. Seine Wirkung ist besonders groß in Verbindung mit dem Bodenfonds und einer bevorzugten Vergabe an gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Projekte.

7. Bestand aktivieren

Die Geduld der Leipzigerinnen und Leipziger mit jahrzehntelangem Leerstand ist er-schöpft. Bezahlbarer Wohnraum kann nicht nur durch Neubau entstehen. Deshalb möchte ich Belegungsrechte im bestehenden Wohnungsbestand ankaufen und damit zusätzliche gebundene Wohnungen sichern. Ein kommunales Leerstandsregister soll leerstehende Wohnungen systematisch erfassen, um Eigentümerinnen und Eigentümer gezielt sanktionieren zu können, damit diese Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die aktive Anwendung von Modernisierungs- und Instandhaltungsgeboten. Auch das Instrument der Ersatzvornahme muss endlich konsequent ein- und umgesetzt werden. Ergänzend schaffe ich eine Leipziger Wohnungstauschbörse mit Mietgarantie, damit größere Wohnungen besser für Familien verfügbar werden und kleinere Haushalte in passendere Wohnungen wechseln können.

8. Freiräume ermöglichen

Leipzigerinnen und Leipziger brauchen nicht nur gute Wohnungen, sondern auch lebendige und lebenswerte Stadtteile. Deshalb sichere und erweitere ich Grünflächen und Freiräume. Sie sollen nicht unter dem Druck des Immobilienmarktes schrittweise verschwinden. Eine soziale und klimagerechte Wohnungspolitik muss deshalb immer auch den Erhalt der öffentlichen Freiräume und der Lebensqualität in der Stadt mitdenken. Gerade in den Ballungsräumen ist der Nutzungsdruck auf Freiflächen groß. Gleichzeitig bleiben viele Grundstücke ungenutzt. Ich werde Lebensqualität auch vor der Haustür sichern und Zwischennutzungen ermöglichen.

9. Sachsen in die Pflicht nehmen

Die Stadt Leipzig kann die Wohnungsnot nicht allein lösen. Deshalb fordere ich vom Freistaat Sachsen eine nachhaltige Aufstockung der Wohnraumförderung, damit mehr geförderte Wohnungen gebaut werden können. Die Wohnraumförderung des Landes kann zu einem der größten Hebel für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums werden, liegt aber außerhalb der unmittelbaren kommunalen Entscheidungshoheit. Ich werde deshalb meine Möglichkeiten nutzen, um eine deutlich stärkere Unterstützung durch den Freistaat einzufordern. Seit Jahren fordern Kommunen wie Leipzig oder Dresden vergeblich den Erlass einer Umwandlungsverordnung in Städten mit angespannten Wohnungsmarkt, in der die Aufteilung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt gestellt wird. Die Landesregierung muss sich endlich bewegen und Mieterinnen und Mieter besser schützen.

10. Mietrecht reformieren

Bezahlbares Wohnen braucht auch bessere Regeln auf Bundesebene. Ich fordere eine wirksame Mietpreisbremse, die Abschaffung von Indexmieten und stärkere Einschränkungen bei Eigenbedarfskündigungen. Dazu gehört auch die Einführung eines Mietendeckels in angespannten Wohnungsmärkten, der durch kommunale Satzungen an jeweilige Bedürfnisse angepasst werden kann sowie eine steuerliche Gemeinnützigkeit für den Wohnungsbau und ein Verbot von Möblierungszuschlägen als Instrument zur Umgehung von Mietbegrenzungen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Reformen auf Bundesebene umgesetzt werden, damit Mieterinnen und Mieter auch langfristig vor überhöhten Mieten und Verdrängung geschützt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

_____

A3: Mehr als ein Amt zu gewinnen – kommunale Macht aufbauen und spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in Leipzig durchsetzen

Einreichende: Ariane Barth, Bettina Lorenz und Johannes Schmidt

Unterstützende: Felix Knorr und Stefan Nagel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Der Stadtparteitag stellt fest, dass Die Linke Leipzig kommunalpolitisch eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie braucht, welche die Rollen des Stadtverbandes, die Stadtratsfraktion sowie der amtstragenden Person einer sozialistischen Partei definiert und transparent macht, um die Verhältnisse in Leipzig auf links zu drehen. Damit verbunden berücksichtigen wir die bestehenden realpolitischen und gesetzlichen Grenzen des OBM-Amts sowie der Stadtratsfraktion. Hierfür dürfen Partei, Fraktion und OBM nicht um politische Deutungshoheit konkurrieren, sondern müssen ein gemeinsames Rollenverständnis mit einer politischen Arbeitsteilung entwickeln, in der jede Rolle eine andere Form von Macht entwickelt, welche miteinander verbunden werden und zusammenwirken müssen. Authentizität beginnt mit Freiwilligkeit, weshalb Zwang kein Mittel zur Einhaltung der Umsetzung der Strategie darstellen darf. Daher braucht es jedoch klare Prozesse und einen Umgang mit widersprüchlichen, gegensätzlichen bzw. abweichenden Positionen oder Handlungen.

2. Der Stadtvorstand wird dazu beauftragt bis zum Ende des Wahlkampfs unter Berücksichtigung u. a. der Ergebnisse des Prozessstrangs zur Amtsführung, der Basiskonferenz vom 20.09.2026 sowie der unterschriebenen Kandidierendenvereinbarung unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen einen Entwurf für eine gemeinsame Amtsführungsstrategie vorzulegen. Diese soll sich u. a. an der Amtsführung von Elke Kahrs in Graz und Zohran Mandami in New York orientieren. In diesem Zusammenhang müssen insbesondere Aspekte einer Organisationsentwicklung beachtet werden, die den Aufbau kollektiver Macht konsequent mit demokratischer Rechenschaftspflicht verbinden. Ziel unseres Stadtverbandes soll es sein, eine eigenständige, dauerhaft handlungsfähige und demokratisch organisierte Basis aufzubauen, die ihre politischen Ziele selbst bestimmt, eigene Führungskompetenzen entwickelt und unabhängig von den realpolitischen und gesetzlichen Grenzen der gewählten Amts- und Mandatsträger*innen handlungsfähig bleibt. Hierbei muss auch die eigenständige demokratische Legitimation des OBM-Amts durch die Leipziger Wähler*innenschaft berücksichtigt werden.

3. Der Stadtvorstand wird des Weiteren beauftragt in Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke und der Stadtratsfraktion z. B. ein 100-Tage-Programm für die Zeit nach dem Wahlsieg zu entwickeln. Außerdem ist ein Rahmen abzustimmen, wie nach dem ersten und zweiten Wahlgang gemeinsam agiert und kommuniziert wird.

4. In diesem Zusammenhang wird der Stadtvorstand beauftragt die Umgestaltung und/oder Schaffung von bestehenden und neuen Formaten, zu prüfen, um einen gemeinsamen Raum für einen regelmäßigen Austausch und taktische Abstimmungen mit Blick auf die verfügbaren Machtressourcen und -instrumente zu organisieren. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere die Qualifizierung und Entwicklung der Mitgliedschaft zu kommunalpolitischen Anliegen, Möglichkeiten und Instrumenten sowie deren Anwendung fokussiert werden. Hierbei sollen u. a. bestehende und ehemalige Mitarbeitende der

Stadtverwaltung, die Mitglieder der Linken Leipzig sind, einbezogen werden. Ein Ziel soll dabei sein, die Entwicklung und Ausbildung unserer Mitglieder mit Kenntnissen und Expertise aus Verwaltung und Kommunalpolitik aktiv zu unterstützen, damit Wissen über verwaltungsrechtliche Grenzen sowie deren Ausreizung im Sinne einer linken Stadtpolitik nicht nur für Einzelpersonen zugänglich wird.

Begründung:

Der Stadtvorstand hatte in seiner letzten Amtszeit am 14. April 2026 als Reaktion auf die bestehende Prozesskritik einstimmig einen breiten partizipativer Prozess zur Entwicklung der Gesamtstrategie zur OBM-Wahl mit drei inhaltlichen Strängen beschlossen. Im Rahmen des Prozessstrangs „Rollenverständnis und Strategie für die Amtsführung“ wurden verschiedene Ideen gesammelt, ein Diskussionspapier zur Amtsführung verfasst und auf dieser Basis ein Workshop im Rahmen der Basiskonferenz am 20. September 2026 durchgeführt. Dabei wurde einmütig diskutiert, dass eine solche Strategie bzw. deren Kernpunkte und Verfahren die Legitimation eines Stadtparteitags benötigen. In diesem Sinne liegt dieser Antrag als Aufschlag vor und lädt explizit zu Diskussion und Änderungsanträgen ein, um in einer breit getragenen Neufassung am
28. November 2026 behandelt zu werden.

Zur inhaltlichen Begründung:

Die Oberbürgermeister*innenwahl in Leipzig findet in einer politisch zugespitzten Situation statt. Die soziale Krise verschärft sich und durch den sozialen Kahlschlag auf Bundesebene vorangetrieben. Die öffentliche Infrastruktur wird kaputtgespart, Mieten und Preise werden schneller erhöht als höhere Löhne erkämpft werden können, und die Rechte profitiert von der Wut und Ohnmacht vieler Menschen. Gerade in einer solchen Situation kann es für Die Linke nicht darum gehen, den Mangel bloß besser zu verwalten oder mit der Vermeidung der AfD zu argumentieren. Wir müssen als glaubwürdige Kraft sichtbar werden, die sich gegen Kürzungspolitik, soziale Spaltung und das politische Weiter-so stellt.

Gleichzeitig müssen wir den Leipziger*innen gegenüber ehrlich sein: Der tatsächliche Gestaltungsspielraum des Oberbürgermeister*innenamtes ist deutlich kleiner, als viele es sich erhoffen und formal nicht mit den Möglichkeiten einer linken OBM in Berlin vergleichbar. Auch wenn die dramatischen Haushaltslagen der Städte vergleichbar sind. Wer das Amt übernimmt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unter Druck geraten, Kürzungen in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge durchzusetzen oder zumindest zu verwalten.

Gerade darin liegt der politische Kernwiderspruch. Die OBM der Linken Leipzig darf nicht in die Rolle gedrängt werden, die gesellschaftlichen Folgen von Sparpolitik kommentarlos zu moderieren, während andere die Verantwortung für die Krise tragen. Eine linke OBM kann nur dann den Unterschied machen, wenn sie nicht in die Logik der Sachzwangverwaltung kippt und in Rechenschaftsmotorik für den bestehenden Status Quo. Stattdessen muss dieses Amt als gebundenes, aktivierendes und konfliktorientiertes Projekt mit der Parteibasis angegangen werden.

Wir müssen dieses Amt als kollektive Aufgabe verstehen, um zu verdeutlichen, dass die Wahl einer linken Kandidat*in wohl einen Unterschied macht. Hiermit schaffen wir ein Novum, welches für das Superwahljahr 2029 eine Grundlage darstellen kann und erstmals ein strategisches Verständnis von uns als Stadtpartei sowie unseren Mandatsträger*innen und Fraktionen basisdemokratisch abstimmt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns alle als Zahnrädchen in einem größeren Vorhaben verstehen, um auch Kritik- und

Angriffsstrategien durch politische Konkurrenz sowie Gegner*innen zu begegnen. In diesem Zusammenhang werden wir 2029 mit einem Superwahljahr konfrontiert, welches u. U. einen Wahlsieg der AfD im Land Sachsen final aufzeigen kann. In diesem Zusammenhang müssen wir uns als Stadtpartei, Stadtratsfraktion und als amtstragende Person verhalten. Wie gehen wir damit um, wenn die OBM einer sozialistischen Partei auf einmal AfD-Politik oder Beschlüsse aus rechts-konservativen Mehrheiten des Stadtrats vor Ort umsetzen muss? Wie verhält sich eine linke Stadtratsfraktion, die aufgrund von übergeordneten Gesetzen oder fehlender Mehrheiten handlungsunfähig wird oder bisherige Erfolge schmerzlich einbüßen muss? Welche Rolle nehmen wir als Stadtpartei in einem von rechtsextremen und autoritären Kräften regierten Bundesland ein? Und wie können wir über alle Ebenen hinweg unseren Antifaschismus mit der materiellen Frage knüpfen, ohne Bedarfe und Haltungen gegeneinander auszuspielen oder uns in Umverteilungskonkurrenzen bei jenen einzulassen, die eh am wenigsten haben? Auch wenn dies Worst-Case-Szenarien sind, müssen wir uns als größter Stadtverband darauf vorbereiten, da im Fall der Fälle übliche linke Akteur*innen und Verbündete durch die Streichung von institutionellen und projektbezogenen Förderungen ggf. wegfallen und wir strukturell Wege finden müssen, wie wir Schutzraum, verlässliche Partner*in und politisch handlungsfähig gleichzeitig sein können.

Auf diesem Weg können wir unsere Rollen als Partei, Stadtratsfraktion und amtstragende Person und ihre einzelnen Mitglieder definieren, um zu sehen, wo jeweils gehandelt oder interveniert werden kann und wo wir durch organisierende Momente aus der Partei in die Bevölkerung oder Arbeiter*innenschaft der Stadtverwaltung wirken können, um linke Akzente vorwärtszubringen. Auf diesem Weg können wir eine Klärung und Transparenz schaffen. So befähigen wir unsere Mitgliedschaft auch sprechfähig zu sein, wenn uns Unzufriedenheit und Unmut am z. B. Infostand begegnen. Damit können wir ebenso Ohnmacht und Unverständnis bei unseren Mitgliedern vorbeugen, was sonst im schlechtesten Fall zu Inaktivität oder zum Austritt für kann.

Aus diesem Grund muss unsere zentrale Frage sein: Wo kann eine linke Oberbürgermeister*in durch formale Kompetenz, politische Führung, die Gestaltung der Verwaltung und die Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung tatsächlich Veränderung erzeugen?

Hierfür müssen wir als Stadtpartei klären, was wir von unserer Stadtratsfraktion brauchen und was wir von einer linken OBM in Leipzig erwarten. Der bisherige Prozessstrang zur Amtsführung hat schwierige Zeiten durch und konnte bisher keine konkreten Vorschläge ausarbeiten oder wurde durch Einzelpersonen gestemmt. Aus diesem Grund waren die Beteiligung und der Raum für eine offene Debatte unter den Aspekten der revolutionären Freundlichkeit und revolutionärer Ehrlichkeit mit einer Vielfalt an Menschen nicht gegeben. Doch es braucht eine Diskussion über den Widerspruch der Besetzung eines Verwaltungsamts in einem real bestehenden Kapitalismus, ohne diesen zu überwinden und dem Ziel diesen als Organisation zu überwinden. Hierfür müssen wir diskutieren und uns ehrlich über Interessen, Erwartungen sowie auch Enttäuschungen austauschen, um verbindende Elemente zu finden und Schritte zu beschreiben, wie wir damit umgehen und verfahren. Diese Gegensätze müssen gleichzeitig existieren können, ohne dass wir als Partei in alte Verhaltensmuster zurückverfallen, wie sie vor der Abspaltung des BSW öfters zu Tage traten. Weder müssen wir den Unmut über Positionen der Partei von Mitgliedern mit einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit durch Amt und Mandat in der Presse lesen, noch müssen wir uns selbst über Social-Media-Kanäle als Menschen und Individuen denunzieren und beleidigen. Ebenso ist eine weitere Abspaltung unter dem Fokus der verbindenden Klassenpolitik nicht im Sinne der Sache und dennoch darf das nicht bedeuten, dass Entscheidungen von Wenigen geräuschfrei hingenommen werden müssen und unter

moralischen Argumenten Kritik und Entwicklungswünsche als Boykott oder persönlichen Konflikt abgetan werden. Unsere Standpunkte zu vertuschen oder zu verwässern, um einen unmittelbaren, kurzfristigen politischen Vorteil zu erlangen, wäre einfach zu kurz gedacht.

Aus diesem Grund sind klar strategische Entscheidungen notwendig, welche nicht allein von Amts- und Mandatsträger*innen, einem Stadtvorstand oder gar einzelnen Mitgliedern beantwortbar sind.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A4: Zusammen für ein rotes Leipzig! Gemeinsame Grundsätze für die OBM-Wahl

Einreichende: Carl Bauer, Tjark Delfs, Sascha Goettert, Georg Grünewald, Franziska Kage, Kai Knappik, Kai Tischer

Unterstützende: Vincent Heidemann, Stefan Nagel, Nicolas Rother

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Als Leipziger Linke einigen wir uns für den Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt und mit Hinblick auf den Gewinn der Wahl auf zusätzliche Grundsätze:

1. Basisaufbau und -beteiligung: Im Wahlkampf soll der Fokus auf aktivierender Organizingarbeit liegen, die auch über den Wahlkampf hinaus zu einer starken Basis beiträgt. Beispiele dafür sind Organizing-Crash-Kurse von unseren Mitgliedern, um diese auch nach der Wahl zu ermächtigen. Dafür werden Schulungen angeboten, die einem Kurzformat der Organizing for Power (O4P) Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung entsprechen.
Außerdem soll Skadi Jennicke bereits als Kandidatin in die Beteiligungs- und Rechenschaftsprozesse nach dem Antrag „A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags einbezogen werden. Im Falle ihrer Wahl werden diese Prozesse auf ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin übertragen.

2. Rückkopplung: Die Anbindung von Mandatsträger:innen an Basis und Bevölkerung Leipzigs halten wir für zentral für eine mitgliederorientierte und glaubwürdige Partei. Wir bestärken deshalb die Abmachung in der Kandidierendenvereinbarung und konkretisieren sie durch eine doppelte Rückkopplungsstruktur: Einerseits parteiintern, andererseits an die Leipziger Stadtbevölkerung. Parteiintern berichtet Skadi Jennicke im Falle ihrer Wahl mindestens quartalsweise im Mitteilungsblatt über ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin und stellt sich dort der politischen Rückkopplung mit der Basis. Wie in der Kandidierendenvereinbarung vorgesehen, berichtet sie außerdem auf dem Stadtparteitag über ihre Arbeit und geht dort in den Austausch mit den Mitgliedern.
Skadi Jennicke lädt im Falle ihrer Wahl außerdem jährlich die Stadtgesellschaft zu einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin ein. Diese findet als

Stadtversammlung statt, in der sie Rechenschaft über ihre Arbeit ablegt und Möglichkeiten für Diskussion und aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen geschaffen werden.

3. Ablehnung statt Verwaltung von Kürzungen: Als Linke wissen wir um die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Explizit in Leipzig sollen in den nächsten Jahren bis zu 500 Stellen abgebaut werden. Wir stellen uns klar gegen die Kürzungspolitik. Wie in Antrag A1 „Kürzen bei den Reichen, statt Sozialstaat streichen. Sozialproteste stärken!“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags beschlossen, liegt unsere Aufgabe als Linke nicht darin, Posten gegeneinander abzuwägen, sondern Kürzungen im Sozialen zu kritisieren und auch in einem Amt wie der als Oberbürgermeisterin so weit wie möglich zu verhindern.
Dies beinhaltet offensive öffentliche Kritik der Sparzwänge durch Bund und Land sowie das Setzen eines aktiven Gegen-Narrativs, dass Sparen kein Naturgesetz und eine Verbesserung des Lebens der Vielen beispielsweise durch eine Reichensteuer möglich ist. Sollten Kürzungen nicht abwendbar sein, soll eine offene, transparente und ehrliche Kommunikation gegenüber den Betroffenen, also den arbeitenden Menschen in Leipzig, vorgenommen werden, um diese transparent über Vorhaben aufzuklären.

4. Unterstützung bei Tarifrunden: In den nächsten Monaten stehen große Tarifverhandlungen an. Auf dem letzten Stadtparteitag haben wir bereits beschlossen Leipzig als Tarifstadt zu stärken.[1] Daran anschließend stehen wir als Linke und als Oberbürgermeisterin bzw. -kandidatin an der Seite von Streikenden und unterstützen sie in ihren Forderungen für bessere Löhne und gerechtere Arbeit.
Als Kandidatin unterstützt Skadi Jennicke insbesondere auch die Kolleg:innen im öffentlichen Dienst und bei der Stadt in ihren Forderungen. Sie nutzt ihre herausgehobene Rolle im Wahlkampf, um sich öffentlich – insbesondere medial – mit Streikenden zu solidarisieren und ihre Unterstützung auch durch Streikbesuche sichtbar zu machen. Im Falle ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin setzt sie sich im Rahmen ihrer Verantwortung als Verwaltungschefin für gute Arbeitsbedingungen und eine konstruktive Haltung gegenüber den Forderungen der Beschäftigten ein und sucht den regelmäßigen Austausch mit Beschäftigten und Gewerkschaften.

5. Gemeinsame Positionierung im Kampf gegen Antisemitismus: Als Bundespartei haben wir uns gemeinsam auf die JDA (Jerusalem Declaration of Antisemitism) geeinigt, um eine gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen Antisemitismus zu haben, ohne Kritik am israelischen Staat hiermit zu vermischen. Um der Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs zu begegnen sowie parteiliche Geschlossenheit auszudrücken, ist die Vertretung dieser Position auch politischer Handlungsauftrag für Skadi Jennicke als Kandidatin und – im Falle ihrer Wahl – als Oberbürgermeisterin.

Wir sind uns darüber bewusst, dass Teile der Forderungen erhebliche Mehrarbeit bedeuten, weshalb wir anbieten, Skadi Jennicke bei der Umsetzung dabei zu unterstützen und der Stadtvorstand sie bei der Umsetzung dieser Grundsätze unterstützt.
Der Stadtvorstand legt gemeinsam mit Skadi Jennicke spätestens ein Jahr nach der OBM-Wahl auf einem Stadtparteitag eine Auswertung zur Umsetzung dieser Grundsätze vor. Dabei wird dargestellt, welche Vereinbarungen umgesetzt wurden, welche Schwierigkeiten aufgetreten sind und welche weiteren Schritte sich daraus ergeben.

Begründung:

Wir starten mit diesem Stadtparteitag in die heiße Phase des Wahlkampfs. Klar ist: wir haben eine Stadt zu gewinnen, klar ist aber auch: Wir haben eine große Verantwortung unseren

[1] Antrag A8 – Leipzig wird Tarifstadt, 1. Tagung des 10. Stadtparteitags

Genoss:innen, aber auch allen Menschen unserer Klasse gegenüber. Wir sollten deshalb klare Grundlinien sowohl für den Wahlkampf als auch darüber hinaus festlegen, in denen wir gemeinsam mit Skadi Jennicke, als Kandidatin, agieren wollen. In den oben beschriebenen Punkten beziehen wir uns dabei auf bereits getätigte Beschlüsse von Bundesparteitagen und insbesondere des letzten Stadtparteitags. Wir streben an, den Ansatz der „revolutionären Realpolitik", welcher in der Kandidierenvereinbarung festgelegten wurde, zu konkretisieren. Denn für uns ist klar, es gibt viel zu tun und die Arbeit fängt bei einem hoffentlich erfolgten Wahlsieg erst richtig an. Um dabei so geeint und schlagkräftig wie möglich agieren zu können, halten wir es für essenziell, so viele Genoss:innen wie möglich in Entscheidungen einzubinden, sowie Skadi Jennicke bestmöglich zu unterstützen. Die Linke ist eine sozialistische Mitgliederpartei und verfügt so über viele kompetente Köpfe, deren Potenzial gebraucht wird. Nur mit konkreten Forderungen, Rückkopplung sowie einem standfesten Wahlprogramm, welches durch Parteibeschlüsse legitimiert wird, ist es möglich, den Krisen unserer Zeit in Leipzig vor Ort zu begegnen und die Ausführung des Amtes so erfolgreich wie möglich zu gestalten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A5: Für einen konsequent antimilitaristischen Wahlkampf!

Einreichende: Karla Zierold, Jette Luise Bohlen, Leon Hentschel

Unterstützende: BG Linksjugend Leipzig Nordstern, SDS Leipzig, Jasper Frech, Aleksander Domaszewicz, Georg Grünewald, Franziska Kage, Julia Aigner, Tjark Delfs, Robby Aydin, Nikita Tiunin, Gregor Clewing, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt tritt die Leipziger Linke und ihre Kandidatin Skadi Jennicke mit klarer antimilitaristischer Haltung auf. Konkret bedeutet das:

- Klares Bekenntnis zu den Bundesbeschlüssen der Partei die Linke: Ablehnung von Waffenlieferungen und jeglichen Aufrüstungsplänen in Leipzig und bundesweit.

- Solidarität und aktive Unterstützung im Wahlkampf von antimilitaristischen Protesten und Bewegungen in Leipzig. Beispielsweise durch Teilnahme an den Protesten gegen die geplante Covenant-Fabrik.

- Die Ablehnung jeglicher Waffenfabriken, Musterungszentren und anderer Institutionen, Veranstaltungen oder Betriebe, die zur Militarisierung und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft beitragen, speziell innerhalb Leipzigs, aber auch im gesamten Bundesgebiet.

- Einsatz für eine Ausweitung der Beratungsangebote zur Kriegsdienstverweigerung von der Partei Die Linke oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der DFG-VK.

- Die genannten Punkte werden im Wahlkampf aktiv, auch für die Öffentlichkeit sichtbar, aufgegriffen, beispielsweise bei Posts in den sozialen Medien oder in Pressemitteilungen.

Begründung:

Auf dem letzten Stadtparteitag betonte unsere Oberbürgermeisterkandidatin Skadi, dass Leipzig Friedenstadt sei und bleiben müsse. Im Entwurf zum Wahlprogramm steht außerdem bereits: „Die Ansiedlung von Rüstungsproduktion in Leipzig lehne ich konsequent ab.“ Diese Haltung begrüßen und unterstützen wir sehr. Auf dem letzten Stadtparteitag wurde auch bereits der Beschluss A12: „Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt: Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!“ angenommen.
Anschließend hieran möchten wir die Wichtigkeit im OBM-Wahlkampf nochmals festigen.
Wir halten es zusätzlich für notwendig die Haltung zu Militarisierung im Generellen zu konkretisieren, da es in den vergangenen Wochen zu Äußerungen unserer Kandidatin kam, speziell in einem Interview von Mephisto976 am 04.10.2026, die im Gegensatz zu beschlossenen Positionen der Partei die Linke und einer konsequenten antimilitaristischen Positionierung im Wahlkampf stehen. Hierin wird zwar die Rüstungsproduktion in Leipzig abgelehnt, jedoch eine generelle Notwendigkeit gesehen, dass „wir uns”[1], in Anbetracht der „angespannten Situation in Europa“[1], „als Land auch in irgendeiner Form verteidigungsfähig machen müssen“[1]. Wir halten diese Aussage für gefährlich, insbesondere in einer Zeit, in der eben jenes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die starke Investition in die Rüstungsindustrie und als Argument für den Abbau des Sozialstaats, welcher so als nicht mehr finanzierbar dargestellt wird, genutzt wird. Auch als sie auf das Thema der Solidarität mit der Ukraine angesprochen wird, spricht sie sich für Waffenlieferungen aus[2], wodurch sie gegen die aktuelle Beschlusslage der Partei Die Linke verstößt.
In diesem Sinne möchten wir mit dem Antrag bestehende Beschlüsse bestärken und nachschärfen.

Quellen:

https://www.mixcloud.com/mephisto976/direkt-covenant-einweihung-sellerh%C3%A4user-viadukt-und-obm-kandidatin-skadi-jennicke-05102026/

Gesamtes Interview mit Skadi Jennicke am 04.10.2026: Minute 35:07-48:40

[1] Minute 43:25-43:34

[2] Minute 44:35-45:20

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A6: Leipzig wird sauber. Die Linke räumt auf.

Einreichende: Lisa Hansen, Stefan Nagel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen folgendes in das Wahlprogramm zur Wahl der Oberbürgermeister*in 2027 aufzunehmen. :

Leipzig wird sauber. Die Linke räumt auf.

Leipzig soll sauber werden. Für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden. Wir sorgen dafür, dass illegaler Müll zügig verschwindet, mehr Mülleimer und Beutelspender aufgestellt werden und Sperrmüll regelmäßig zu festen Terminen kostenlos abgeholt wird. Um illegale Müllentsorgung zu bekämpfen, stärken wir die Umweltdetektive der Stadtreinigung und sichern deren kommunale Trägerschaft. Die Stadtreinigung bleibt ein kommunaler Eigenbetrieb und alle Informationen zur Müllentsorgung werden auf Englisch, Ukrainisch, Russisch, Arabisch und in Einfacher Sprache auf der Webseite der Stadtreinigung verfügbar sein.

Als Linke werden wir auch selbst anpacken und in unseren Stadtteilen regelmäßig Müllsammelaktionen durchführen sowie Müllecken über den Mängelmelder der Stadt Leipzig melden.

Begründung:

2025 sammelte die Stadtreinigung laut Stadt Leipzig knapp 4,5 Tonnen illegal entsorgten Müll von öffentlichen Flächen, mehr als doppelt so viel wie 2023. Bußgelder allein reichen nicht aus, um das Problem zu lösen. Zusätzliche Mülleimer und Beutelspender wirken schnell und unkompliziert. Die Standorte legen wir gemeinsam mit Ortschaftsräten, Stadtbezirksbeiräten und Anwohnern fest.

Sperrmüll kann zwar kostenlos an Wertstoffhöfen abgegeben werden, doch wer ihn nicht selbst transportieren kann, zahlt 25 Euro für die Abholung vom Gehweg oder 50 Euro aus der Wohnung und muss mindestens fünf Wochen im Voraus buchen. Monatliche, kostenlose Abholtermine in jedem Stadtteil senken diese Hürde und erleichtern die Planung. Die Finanzierung erfolgt über den städtischen Haushalt und Bußgeldeinnahmen, nicht über höhere Gebühren für Mieter.

Wer Müll verursacht, muss Verantwortung übernehmen. Die seit 2023 aktiven Umweltdetektive der Stadtreinigung gehen besonders gegen illegale gewerbliche Entsorgung und Wiederholungstäter vor. Wir wollen die Stadtreinigung stärken. Deshalb sammeln wir regelmäßig Müll und melden illegale Ablagerungen. Mit unseren Westen zeigen wir vor Ort: Die Linke räumt auf.

Quellen:
Stadt Leipzig, Pressemeldung “Illegale Müllentsorgung nimmt weiter zu: Stadt Leipzig verhängt Bußgelder”: https://www.leipzig.de/newsarchiv/news/illegale-muellentsorgung-nimmt-weiter-zu-stadt-leipzig-verhaengt-bussgelder
Stadtreinigung Leipzig, Sperrmüll: https://stadtreinigung-leipzig.de/wir-kommen-zu-ihnen/sperrmuell-und-elektroschrott/sperrmuell

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A7: Bürgerbegehren gegen die künftige Nutzung kommunaler Grundstücke für Ansiedlungen von Rüstungsproduktion in Leipzig

Einreichende: Die Mitglieder der Fraktion Die Linke im Stadtrat zu Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Leipziger Stadtratsfraktion der Linken hat am 24. Oktober 2026 eine Neufassung ihres Antrags „Stadt des Friedens bleiben – Leipzig darf kein Standort für Rüstungsproduktion werden!“ (VIII-A-03460 – siehe hier: https://gleft.de/6Km) ins parlamentarische Verfahren eingereicht. Diese Neufassung enthält folgenden zusätzlichen Beschlusspunkt: „Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheids gemäß § 24 Abs. 1 SächsGemO am 21. Februar 2027 zu folgendem Entscheidungsvorschlag: ‚Die Stadt Leipzig stellt sicher und trifft wirksame Vorkehrungen, dass Grundstücke, Gebäude, Bauwerke und andere Immobilien im Eigentum der Stadt Leipzig oder kommunaler Zusammenschlüsse, Unternehmen und Gesellschaften, an denen die Stadt Leipzig mehrheitlich beteiligt ist, nicht an Rüstungsunternehmen oder an Personen und Unternehmen veräußert, vermietet oder in anderer Weise zur Nutzung überlassen werden, die militärische Rüstungsgüter produzieren, erforschen oder entwickeln.‘“

Falls dieser Antrag in der Ratsversammlung vom 19. November 2026 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhält, beschließt der Stadtparteitag am 28. November 2026 die Durchführung eines Bürgerbegehrens durch den Stadtverband zu diesem Entscheidungsvorschlag mit der entsprechenden Unterschriftensammlung von Dezember 2026 bis März 2027, unmittelbar mit der Anzeige des Bürgerbegehrens beim Oberbürgermeister.

Begründung:

Die Ansiedlung der Raketenfabrik von Covenant im Leipziger Norden auf privatem Gelände lässt sich mit parlamentarischen und kommunalrechtlichen Mitteln mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr verhindern. Auch künftig ist es sehr schwierig, Rüstungsansiedlungen auf Flächen in Privatbesitz aufzuhalten. Die Frage, ob bei etwaigen Rüstungsansiedlungen künftig auch kommunale Liegenschaften genutzt werden können, sollen die Leipzigerinnen und Leipziger mit dem o.g. Bürgerentscheid selbst entscheiden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A8: Für Inklusion und Grundrechtsschutz von jedermann - die ortsunabhängige Medikamenteneinnahme muss in Leipzig wieder ermöglicht werden!

Einreichender: Roman Quadflieg

Unterstützende: Landesinklusionsteam Sachsen, Birger Höhn, Sabine Christian

Hinweis:

Sollte dieser Antrag nicht mehr berücksichtigt werden können, da z.B. die Antragsfrist verstrichen ist oder die Antragsstellung unmöglich geworden ist, dann bitte ich diesen Antrag als „Vorschlag,(...) um das Wahlprogramm, die Kampagne oder die Leitlinien für eine linke Amtsführung zu ändern oder zu ergänzen (...) " zu interpretieren, in Antragsform.
Dies wurde mit E-Mail ("Infos zur 2. Tagung des 10. Stadtparteitages am 28. November") vom 14.10.2026 gewünscht.
Konkret geht es um ein ehrliches Wahlprogramm und die Umsetzung der genannten Punkte Inklusion und Abbau von Barrieren (Wahlprogramm Skadi - Seite 18).

Die Linke hat selbst Barrieren geschaffen und Menschen die Teilhabe auch in Leipzig aktiv unmöglich gemacht, mit der Schaffung von § 24 MedCanG (23 MdBs der Linken) und geht so weit, dass man mit vorgetäuschtem "Kinder und Jugendschutz" Kindern und Jugendlichen die Rechte eingeschränkt hat (siehe Quellen).

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Einnahme eines Medikamentes muss im Bedarfsfall ortsunabhängig in Leipzig erfolgen können, wie es seit Dekaden und auch zuletzt mit dem Cannabis als Medizin Gesetz etabliert war, vor der Legalisierung mit § 24 MedCanG. Der Stadtvorstand und Andere sollten diese Position öffentlich vertreten.

2. Rechtssicherheit für Patienten in Leipzig wiederherzustellen.
Eine konkrete Klärung der Rechtslage / -folgen für betroffene Patienten in Leipzig an allen Stellen (Verwaltung, Ordnungsamt, Polizei) muss für das notwendige alternativlose Verdampfen eines Medikamentes erfolgen.

3. Lösungen für Leipzig zu finden, um Ausnahmen von § 24 MedCanG zu schaffen, um lokal legal für Patienten die notwendige Medikamenteneinnahme konsequenzenlos zu machen z.B. keine Durchsetzung.

4. Die bis heute nicht bestimmten und nicht rechtssicher dargestellten Konsumverbotszonen (§ 5 KCanG) müssen für Leipzig konkretisiert werden oder es muss klargestellt werden, dass Sie nicht angewendet werden, weil sie nicht rechtssicher ohne enormen Kostenaufwand durch Einzelvermessungen ("Eingangsbereich" / "Sichtweite" in § 5 KCanG) in Leipzig darstellbar sind. Der Patient kann sich nur an Vorgaben halten und planen, wenn er wissen kann, wo er welche Rechte hat.

Begründung:

Ein Medikament muss ortsunabhängig eingenommen werden können.
Ein ortsabhängiges Konsumverbots für ein Medikament (§ 24 MedCanG) dürfte es nicht

geben. (Quelle 1, Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, S. 6).

Dies bedeutet in diesem Fall klar und deutlich gegen die kinder-, patienten-, behindertenrechtsfeindliche Bundespolitik des § 24 MedCanG, aber auch die nicht zielführende Politik unserer eigenen Partei zu stehen und für eine kommunale sinnhafte und grundgesetztreue Lösung einzutreten.
Ausführungen zum nicht zielführenden Antrag unserer Bundestagsfraktion und dem Versuch der widerrechtlichen Gleichstellung von Patienten mit Rauchern, statt Abschaffung § 24 MedCanG, siehe Quelle 5 und 7.

Ein Patient, der einen Anfall hat und sich nicht bewegen kann oder der durch Behinderung bereits Bewegungseinschränkungen hat und somit nicht in der Lage ist die Konsumverbotszone zu verlassen, wenn er sein Medikament benötigt, darf sein Medikament nicht mehr ortsunabhängig einnehmen, wie vor der Legalisierung.
Ein Betreten jeder Konsumverbotszone ist also nur mit Angst möglich, da bei einem Anfall die Medikamenteneinnahme verboten ist.
Außerdem sind Ordnungsbehörden ermächtigt, ohne Rücksicht auf den Patientenstatus, die Einnahme eines Medikamentes zu unterbrechen oder unmöglich zu machen (Durchsetzung von § 5 KCanG / § 24 MedCanG).

Gegen die Schmerzen, die Angst und den Eingriff in seine Grundrechte, die der Patient in der Notstandslage leiden muss, wenn man ihm in der Konsumverbotszone das Medikament aktiv “aus der Hand nimmt”, hilft Straffreiheit nichts.
Ein Banner mit den Worten “Kampf dem Faschismus” auf dem Marktplatz in Leipzig zu entfalten hat einen Beigeschmack, wenn schwerwiegend Erkrankte auch von den Linken abgehalten werden, die Fußgängerzone (Marktplatz) in Leipzig ohne Angst betreten zu können. Die Fußgängerzone ist eine in § 5 Abs. 2 KCanG erwähnte Konsumverbotszone, welche Patienten und ihr Medikament über § 24 MedCanG erfasst.

Vor der Legalisierung für Dekaden problemlos, dann mit dem Cannabis als Medizin Gesetz sogar rechtssicher für Patienten verankert. Dann kam die Legalisierung mit § 24 MedCanG, einem ortsabhängigen Konsumverbot für ein Medikament, das noch nie einem Konsumverbot unterlag.

Was viele heute noch täuscht: Kinder- und Jugendschutz.
Kinder sind auf Seiten der Patienten erfasst und somit kann es gar kein Argument sein, wenn es um Patienten geht, unabhängig von der Relevanz bei Konsumenten.
Weil es dies zu unterscheiden galt, haben wir zwei Gesetze geschaffen, aber § 24 MedCanG ist die Verknüpfung dessen, das nicht verknüpft werden durfte und zum “Kurzschluss” führt.
Tiefgreifende rechtliche Darstellung im Zuge einer Rechtsgüterabwägung lassen das Problem auch deutlich werden, diese unterlasse ich an dieser Stelle und verweise bei Interesse auf unten aufgeführte Quellen oder Kontakt im Nachgang.

Jeder der nach 3 Jahren noch glaubt, dass wenn er/sie sagt “Kinder- und Jugendschutz ist wichtig”, die Diskussion zu § 24 MedCanG damit zu beenden wäre, statt zu wissen, dass seine Worte im Kontext bedeuten: “Nur gesunde Kinder sind noch etwas wert”, ist nicht nachvollziehbar. Kinder sind Patienten (Hierzu auch Quelle 7: Artikel des “Hanf Magazin”).
Dies kann und darf keine Einstellung der Linken sein und Inklusion muss wieder mehr als ein leeres Wort in Leipzig sein, insbesondere wenn wir über den ungerechtfertigten und unbegründeten Entzug von Dekaden an etablierten Recht zu Lasten von Menschen in gesundheitlich prekären Situationen und der medizinischen notwendigen Einnahme eines ärztlich verschriebenen Medikamentes reden.

Die Ausführungen, die es im Stadtrat Leipzig zu § 24 MedCanG / § 5 KCanG (Konsumverbotszonen) in der Vergangenheit gab, waren nicht zielführend oder ausreichend. Es ging nur um Konsumenten, obwohl es gerade um die Rechte der Patienten gehen musste.
§ 24 MedCanG wurde ignoriert. Auch die rechtliche Relevanz wurde insgesamt nicht erkannt oder verstanden und die Begründung ist nicht zielführend, ausreichend oder richtig (siehe Verwaltungsstandpunkt der Stadt Leipzig zum Antrag-Nr. VII-A-10227-VSP-01).

Liebe Genossen:innen, Leipzig war mal eine Stadt die geschichtlich positive Schlagzeilen schrieb, vielleicht wollt ihr dies wieder und stellt euch, auch du liebe Skadi, als eine der Ersten in Deutschland an die Seite des Grundgesetzes gegen § 24 MedCanG?

Die Legalisierung einer Droge hätte nie zum Verbot eines Medikamentes führen dürfen! Die Teilhabe am öffentlichen Leben in Leipzig muss wieder ermöglicht werden.

Quellen:
1.) “Zum Kinder- und Jugendschutz im öffentlichen Raum bei der Einnahme von Medizinalcannabis” Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (WD 8 - 3000 - 032/25): https://www.bundestag.de/resource/blob/1097790/WD-8-032-25.pdf
2.) Die Begründung des Bundestages “Verwechslungsgefahr” aus dem Entwurf des CanG vom 09.10.2023 (BT-Drs. 20/8704, S. 147): https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008704.pdf
3.) “Das MedCanG im Schatten der Legalisierung - Arzneimittelregulierung oder doch BtMG light?” Dr. Justine Diebel: https://strafverteidigertag.de/wp-content/uploads/2025/01/DR-Heft-0-Januar-2025-Diebel.pdf
4.) “Ganz seltsame Blüten… Das neue Cannabisgesetz im Überblick und der Versuch einer ersten Konsolidierung” von Prof. Dr. Mustafa Temmuz Oğlakcıoğlu und Patrick Welke: https://kripoz.de/wp-content/uploads/2024/05/welke-oglakcioglu-das-neue-cannabisgesetz-im-ueberblick.pdf
5.) Antrag P.06 “Den nicht legitimierten Paradigmenwechsel der Gesundheits-, Behinderten- und Drogenpolitik der Linken korrigieren - ortsabhängiges Konsumverbotes für medizinisches Cannabis (§ 24 MedCanG) mit ungerechtfertigten Grundrechtseingriffen ersatzlos für nichtig erklären - Teilhabe am öffentlichen Leben auch für Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen wieder ermöglichen“ auf dem Bundesparteitag der Linken in Potsdam vom 19. bis 21.06.2026: https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Parteitag_Potsdam/P-Anträge/Antrag_P.06_Den_nicht_legitimierten_Paradigmenwechsel_der_Gesundheits-__Behinderten-_und_Drogenpolitik_der_Linken_korrigieren.pdf
6) “Wo Patienten nicht inhalieren dürfen: § 24 MedCanG erklärt” von Leo Hartmann, Hanf-Magazin (12.09.2026): https://www.hanf-magazin.com/recht/rechtslage-deutschland/paragraf-24-medcang-konsumverbotszonen-patienten/
7.) “Wenn Patienten selbst Kinder sind – die blinde Stelle im § 24 MedCanG” von Leo Hartmann, Hanf-Magazin (03.10.2026): https://www.hanf-magazin.com/recht/rechtslage-deutschland/paragraf-24-medcang-kinder-als-patienten/

Kontakt in der Sache ist ausdrücklich erwünscht: Roman.Quadflieg@dielinke-leipzig.de

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

Änderungsanträge

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA1.1: Leipzig kann sozialen Klimaschutz*

Einreichender: Sven Voigt, Julia Kühl für die AG Klimagerechtigkeit Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Der Titel und die Einleitung unter Punkt 8 (S.13) „Leipzig entwickelt seine grünblaue Infrastruktur“ mögen wie folgt geändert und ergänzt werden:

1. Der Titel ist wie folgt zu ändern:

Leipzig ~~entwickelt seine grün-blaue Infrastruktur~~ kann sozialen Klimaschutz

2. Die Einleitung ist wie folgt zu ändern und zu ergänzen:

„Der rasant voranschreitende Klimawandel wird auch in Leipzig immer spürbarer: Abfolgen von Hitze, Trockenheit und Starkregen nehmen zu, die Abstände werden kürzer. Darunter leiden Pflanzen, Tiere und Menschen. Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind das Gebot der Stunde und müssen bei allen Stadtentwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen mitgedacht werden. ~~Leipzig muss besser Regen aufnehmen können, statt ihn wegzuleiten, und im Sommer kühl bleiben. Dafür brauchen wir mehr Bäume und mehr offene Böden in der Stadt. Wir verbessern die Vernetzung von Grün und Wasser – Leipzig wird Schwammstadt.~~ Ich stehe zu den Beschlüssen: Leipzig wird bis 2040 klimaneutral, die Verwaltung bereits bis 2035. Dafür setze ich mich für die konsequente Anwendung des Leipziger Klimahaushalts ein. Darüber hinaus will ich aber mehr: Klimaschutz und -anpassung braucht mehr finanzielle Spielräume z.B. über ein Klima-Sondervermögen oder Bürger:innen Klimaanleihen. Das alles muss zudem sozial gerecht geschehen, ~~d.h. die Menschen mitdenken, ihnen einen sozialräumlich gerechten Zugang zu Freiräumen gewährleisten und~~ d.h. der notwendige Umbau muss durch Zuschüsse für Leipzig Pass Inhaber:innen sozial abgefedert werden.“

Begründung:

Punkt 1: Der Titel ist für ein besseres Verständnis einfacher zu formulieren und sollte ohne Fachjargon auskommen.

Punkte 2: Der Einleitungstext ist konkreter zu formulieren und sollte auf bestehende Beschlüsse eingehen, in diesem Fall das städtische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 und den Klimahaushalt, der als Green Budgeting Instrument geplante Projekte immer auch auf ihre ökologische Nachhaltigkeit prüft. Zudem sollte der Einleitungstext aber auch direkt erklären, wie Frau Jennickes Klimapolitik über bestehende Ansätze hinausweist. Dazu gehört zum einen das Mitdenken von sozialen Belangen und zum anderen eine konsequente und global gerechte Klimapolitik, die Klimaschutz nicht nur innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen und fiskalischen Grenzen optimiert, sondern in ihrem Anspruch

darüber hinausweist. So scheitern Projekte zu Klimaschutz und -anpassung (trotz positiver Bewertung im Klimahaushalt) regelmäßig an der klammen Haushaltslage der Stadt. Deswegen braucht es weitere (finanzpolitische) Instrumente, die größere Spielräume für Klimapolitik eröffnen. Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.2: Leipzig macht öffentliche Räume hitzefest*

Einreichende: Sven Voigt, Julia Kühl für die AG Klimagerechtigkeit Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Der erste Punkt unter Vorhaben im Programm unter Punkt 8 (S.13) „Leipzig entwickelt seine grünblaue Infrastruktur“ möge wie folgt geändert und ergänzt werden:

1. ~~„Leipzig kann Klimaanpassung –~~ ~~Ich stehe zu den Beschlüssen: Leipzig wird bis 2040 klimaneutral, die Verwaltung bereits bis 2035. Außerdem setze ich mich für den Leipziger Klimahaushalt ein. Er bringt Fachpolitik, Finanzpolitik und Nachhaltigkeitsziele zusammen. In den nächsten Jahren soll er fester Teil davon werden, wie die Stadt plant und entscheidet.“~~ *Leipzig macht öffentliche Räume hitzefest – Bestehende Hitzesaktionspläne und Klimaanpassungsprogramme müssen mit Fokus auf soziale Gerechtigkeit deutlich erweitert und ausfinanziert werden. Ich mache mich beim Deutschen Städtetag dafür stark, dass Klimaanpassung zur kommunalen Pflichtaufgabe wird und nicht mehr aufgrund der angespannten Haushaltslage hinten runterfällt.*

Begründung:

Punkt 1: Das erste Vorhaben muss konkreter formuliert werden. Bislang wurde fälschlicherweise unter dem Vorhaben „Klimaanpassung” einfach auf bestehende Beschlüsse und Projekte zum Klimaschutz verwiesen. Da es jedoch um Klimaanpassung geht, sollten die konkreten bestehenden Instrumente hier aufgeführt und erklärt werden, um darzustellen, wie aus sozial-ökologischer Sicht mit diesen umgegangen wird. Diese Instrumente sind zwar bereits wichtige Werkzeuge, sie sollten aber in ihrem Umfang und ihrer sozialen Wirkung noch deutlich verbessert und erweitert werden. Dafür ist wiederum eine sichere finanzielle Grundlage entscheidend. Der Hebel, über den Deutschen Städtetag für Klimaanpassung als Pflichtaufgabe zu kämpfen, sendet wichtige Signale bezüglich der Notwendigkeit struktureller Änderungen. Denn ohne fundamentale Reformen der Finanzinstrumente für Klimaanpassung und -schutz drohen die Maßnahmen nur Tropfen auf den heißen Stein zu bleiben.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.3: Leipzig schützt seinen Auwald*

Einreichende: Sven Voigt, Julia Kühl für die AG Klimagerechtigkeit Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Die Ausführungen unter Punkt 8 „Leipzig entwickelt seine grün-blaue Infrastruktur“, sollen in den Abschnitten „Leipzig wird baumstärker“ und „Leipzig schützt seinen Auwald“ zu einem Punkt zusammengefasst und wie folgt geändert bzw. ergänzt werden:
Leipzig wird baumstärker und schützt seinen Auwald – ~~Leipzig hat derzeit ungefähr 57.000 Straßenbäume, denen es klimabedingt nicht gut geht.~~ Die Anstrengungen zu Pflege, Schutz und Erhalt der Baumbestände müssen umgesetzt bzw. noch ausgebaut werden: Ich strebe an, dass zusätzlich mindestens 2.000 ~~zusätzliche~~ Straßen~~-~~bäume und 1.000~~ zusätzliche~~ Parkbäume bis 2028 gepflanzt werden; ab 2029 ~~in den Folgejahren soll der jährliche Zuwachs möglichst~~ sollen es jährlich 2.000 Bäume sein ~~betragen~~. ~~**Leipzig schützt seinen Auwald –**~~ Der Auwald als wertvolles Ökosystem und Naherholungsgebiet steht zudem in einem massiven Trockenstress~~.~~ ~~Dem Auwald fehlt Wasser, er trocknet aus.~~ Dagegen hilft, dass sich das Wasser wieder natürlicher bewegt. Stellen wir die auetypischen Gewässer ~~Bäche und Altarme der Aue~~ wieder her~~,~~ und nutzen die natürlichen Überflutungsräume besser. ~~und stimmen ab, wie das Wasser in der Aue gesteuert wird.~~

Begründung:

Beide Absätze sind themenspezifisch miteinander verwandt und sollten im Programm auch deshalb zusammen behandelt werden. Die vorgeschlagenen Änderungen präzisieren den Inhalt des Absatzes und kürzen ihn auf die Essenz. Das verbessert einerseits die Verständlichkeit und andererseits schafft es innerhalb des Programmpunktes 8 „Leipzig entwickelt seine grün-blaue Infrastruktur“ dringend notwendigen Platz für weitere Ausführungen, die bislang noch gar nicht enthalten sind.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.4: Leipzig packt die Energie- und Wärmewende*

Einreichende: Sven Voigt, Julia Kühl für die AG Klimagerechtigkeit Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Die Ausführungen unter Punkt 8 „Leipzig entwickelt seine

grün-blaue Infrastruktur“, Abschnitt „Leipzig packt die Wärmewende“ mögen wie folgt geändert und ergänzt werden:

Leipzig packt die Energie- und Wärmewende – Ich stehe zum Ziel der Stadt, bis 2038 klimaneutral im Bereich der Wärmewende zu sein und setze mich für die konsequente Umsetzung des kommunalen Wärmeplans ein. Neue Fernwärmegebiete sollen politisch mit Anschlussvorrang unterstützt werden. ~~Dafür ist es wichtig, das erste umgebaute Fernwärmequartier in der Südvorstadt fristgerecht im Jahr 2030 zu übergeben.~~ Photovoltaikanlagen sind auf allen geeigneten Flächen öffentlicher Gebäude systematisch auszubauen. Zudem wird der Balkonkraftwerk-Fördertopf für einkommensschwache Haushalte aufgestockt. Eine neue zentrale Anlaufstelle soll Mieter*innen und Vermieter*innen zu Energieeinsparungen und –optimierungen beraten.

Begründung:

Im Bereich „Wärmewende“ erachten wir es als elementar, auf die kommunale Wärmeplanung als konkrete technische und wissenschaftliche Ausarbeitung zu verweisen. In ihm sind alle machbaren sowie geplanten Maßnahmen enthalten, die zu einer Klimaneutralität im Wärmesektor bis 2038 führen. Die politische Unterstützung des Fernwärmeausbaus mithilfe von Vorrangregelungen ist ein wichtiges Instrument, neue Fernwärmegebiete für die Stadtwerke und auch für die Gebäudeeigentümer sowie Mieter planungssicher zu gestalten. Der Ausbau in einem darf nicht an einer zu niedrigen Anschlussquote scheitern, wenn Hauseigentümer beispielsweise sich ein weiteres Mal für eine Gasheizung entscheiden, nur weil dies durch das Gebäudemodernisierungsgesetz mit dessen Biotreppe wieder möglich ist.

Der Verweis auf das Fernwärmegebiet in der Südvorstadt hat unseres Erachtens keine wirkliche politische Agenda, da sich das Vorhaben bereits in Umsetzung befindet und – sofern es politisch nicht aktiv verzögert wird – ohnehin bis 2030 umgesetzt wird.

Der Abschnitt zur elektrischen Energiewende war bisher nicht im Wahlprogramm abgedeckt, ist aber ein wichtiger Bestandteil für eine klimagerechte Politik. Wo immer die Stadt auf eigenen Gebäuden Photovoltaikstrom erzeugen kann, sollte sie dies auch tun. Mittlerweile ist das auch wirtschaftlich vertretbar und über den Lebenzeitraum einer solchen Anlage kostenneutral für den Stadthaushalt. Für die Förderung von Steckersolargeräten für einkommensschwache Haushalte existiert bereits ein Förderprogramm, was jedoch teils schnell an seine Kapazitätsgrenzen gelangt. Der Preis dieser Anlagen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Mit einem relativ geringen finanziellen Einsatz ist es der Stadt möglich, einen guten Beitrag zur Energiewende zu leisten. Dies geschieht neben der Stromerzeugung auch durch die positive und motivierende Außenwirkung, die Balkonkraftwerke im Stadtbild erzeugen. Sie motivieren die Menschen, sich selbst auch welche zuzulegen. Zuletzt leistet die Stadt mit diesem Förderprogramm einen wichtigen Beitrag für die sozial gerechte Teilhabe an der Energiewende und steigert die Akzeptanz ebendieser.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.5: Mietwucher effektiv verfolgen

Einreichende: Benjamin Sittig, Tom Knappstein, Nora Scharbach, Tammo Thyselius, Kai Tischer, Alexander Windemuth, Nina Tempelhoff

Unterstützende: Anna Bochmann, Alexandra Dierks, Christoph Zander, Karla Zierold, Leonard Husmeier, Natalie Früholz, Nicolas Rother, Micha Jonathan Stefanski, Ramona Schmidt, Robby Aydin, Vincent Schmitt, Virginia Reichel

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Das Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramm soll sinngemäß in folgenden Punkten geändert werden.

1. Statt einer Ausstattung von „bis zu 30 Stellen“ soll die auf Seite 3 des OBM-Wahlprogramms benannt, Task Force mit „mindestens 30 Stellen“ ausgestattet werden.

2. Die Zuständigkeit des Amts für bezahlbares Wohnen soll um die Festsetzung von Bußgeldbescheiden für Mietpreisüberhöhung erweitert werden. Konkret handelt es sich um Ordnungswidrigkeiten bei überhöhter Miete nach § 5 Abs. 3 Wirtschaftsstrafgesetz in Verbindung mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten. Dies richtet sich nach dem Frankfurter Modell, welches seit Jahren erfolgreich Mietpreisüberhöhung ahndet.

3. Die Leipziger Linke wird Skadi Jennicke in ihrem Amt als Oberbürgermeisterin der Stadt Leipzig für die oben genannte Umsetzung verantwortlich halten. Dafür wird Skadi Jennicke in vierteljährlichen Berichten über die Umsetzung Auskunft geben.

Begründung:

Bezahlbare Mieten sind durch den Beschluss des Änderungsantrags 10 bei der 1. Tagung des 10. Stadtparteitages ein **zentraler Aspekt** der politischen Arbeit des Stadtverbandes. In den letzten Monaten haben **über 450 Leipziger*innen insgesamt 7579 Unterschriften** für einen Bürgereinwand gegen den Haushalt Leipzigs gesammelt. Sie fordern darin 30 Stellen zur Bekämpfung illegaler Mieten. Die 30 Stellen sind somit ein zentrales Versprechen unserer Partei und Anknüpfungspunkt für Gespräche mit Leipziger Mieter*innen. Wir sollten uns konkret an dieses Versprechen halten, um glaubwürdig zu bleiben.

Daneben sind bezahlbare Mieten eines der **zentralen Probleme der Leipziger Mieter*innen**. Die bisherige Stelle im Sozialamt reicht nicht aus, um die Mietwuchermeldungen zu verfolgen. Darüber hinaus wurden die bisher geprüften Mietpreisüberhöhungen durch die Bußgeldbehörde nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 OWiG eingestellt. Diese Aufteilung führt zu einer doppelten Prüfung der Mietwuchermeldungen.
Frankfurt am Main zeigt, dass es anders geht. Das Amt für Wohnungswesen prüft die Mietwuchermeldungen in eigener Zuständigkeit. Durch die Kompetenz, auch Bußgelder festzulegen, kann Mietpreisüberhöhung effizient verfolgt werden. Ein bereits bestehender kommunaler Austausch zwischen Frankfurt am Main und Leipzig kann der Schwierigkeiten des neu geschaffenen Amts für bezahlbares Wohnen, bei der Festlegung von Bußgeldern abhelfen.

Rechtliche Gründe sprechen nicht gegen diese Neuzuordnung der Zuständigkeit für die Festlegung der Bußgelder. Bei der Verfolgung von Mietpreisüberhöhung nach § 5 WiStG als Ordnungswidrigkeit handelt es sich um eine Weisungsaufgabe (gemäß § 2 OWiZuVO). Weisungsaufgaben haben kreisfreie Städte, wie Leipzig, pflichtweise zu erledigen. Die Oberbürgermeisterin ist in eigener Zuständigkeit für die Erledigung von Weisungsaufgaben verantwortlich (§ 53 Abs. 3 SächsGemO). Die Aufgabe Bußgelder bei illegalen Mieten zu verhängen ist somit direkt in der Zuständigkeit von Skadi. Als Oberbürgermeisterin hat sie außerdem die Kompetenz die innere Organisation der Gemeindeverwaltung zu regeln (§ 53 Abs. 1 SächsGemO). Somit kann das neugeschaffene Amt für bezahlbares Wohnen für abgeschlossene Verfahren der Mietpreisüberhöhungen Bußgelder festlegen.

Dafür sprechen auch Zweckmäßigkeitsgründe. Die Stellen, die sich bereits jetzt mit der Verfolgung von Mietwucher befassen, verfügen durch die längere Auseinandersetzung mit dem Tatbestand über Fachwissen in der Verfolgung. Auch steht dies im Zeichen des bereits in dem OBM-Wahlprogramm enthaltenen Amtes für bezahlbares Wohnen. Dieses soll durch eine Kompetenzbündelung Mieter*innen stärker schützen. Eine Kompetenzerweiterung um die Bußgeldverhängung reiht sich somit in die Zielsetzung des OBM-Wahlprogramms ein.

Natürlich löst diese Erweiterung nicht die Beweisprobleme der Mietpreisüberhöhung. In Berlin und Frankfurt konnten allerdings bereits Bußgelder verhängt werden. Schon die Auseinandersetzung mit den Vermieter*innen kann dabei zu gütlichen Einigungen führen. Auch kann bei einer größeren Ausstattung der Task Force ein aktiveres Verhalten des Amts für bezahlbares Wohnen gewährleistet werden. So können Modelle des Scannens von Wohnungsportalen, das Erstellen von Gutachten und die konkrete Beratung von Mieter*innen konkret erdacht werden. Schließlich muss auch eine Bundesgesetzänderung des § 5 WiStG erwirkt werden. Mieterfreundlichere Vorschläge liegen dafür längst auf dem Tisch.

Darüber hinaus braucht es auch durch die Mitglieder der Linken Leipzigs eine Zuarbeit des Amts für bezahlbares Wohnen. Mieter*innen kann in den Miet- und Sozialsprechstunden eine Meldung erleichtert werden. Durch die Kampagne „Leipzig bezahlbar machen“ wurde auch öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt.

Die Änderung des Wahlprogramms ist somit sowohl aus praktischen als auch rechtlichen Gründen notwendig.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

---

* Zur einfachen Unterscheidung der Änderungsanträge wurden auf Basis des Antragsinhaltes vorläufige Titel durch die Redaktion vergeben.

Hinweis: Weitere Änderungsanträge zu allen Anträgen A1 bis A8 sowie die Nachmeldung von zusätzlichen Unterstützer*innen für diese Anträge sind bis zum Antragsschluss für Änderungsanträge So, 15. November 2026, 12:00 Uhr (mittags, 2 Wochen vor dem 28.11.) möglich.

Materialien Heft 1

zur 2. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 28. November 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 26.10.2026